



Zürcher Wirtschaft

Grossauflage: 65'000

Schwerpunkt: Mobilität,
Nutzfahrzeuge, Logistik

Sereina Schär über Normen als Garanten
für Qualität und Sicherheit. **10-13**



Expresslieferung über Nacht

Während Zürich nachts zur Ruhe kommt, beginnt für viele Logistikunternehmen die intensivste Phase. Waren werden sortiert, transportiert und zugestellt, oft so, dass sie am nächsten Morgen bereits bereitstehen. Für zahlreiche KMU ist diese Form der Belieferung zentral. **7**

Bild Planzer

Anzeige



**WEIACH
HISTORIK**

16./17. Mai 2026

Baumaschinen und Kippertreffen

Der Autoverkauf in der Schweiz verläuft schleppend. Die Aussichten bei E-Autos sind auch nicht rosig. **5**

Der Transportbranche setzen die hohen Treibstoffpreise zu. **6**

Drei Wohn-Initiativen, 10-Millionen-Schweiz: Die Abstimmungen und KGV-Parolen vom 4. Juni. **14-21**

Der Zoll kann gefälschte Kleinsendungen nun schneller aus dem Verkehr ziehen. **27**

Eine Winterthurer Recyclingfirma gewinnt den Integrationspreis This-Priis. **28**

Zitat des Monats

«Gab es eine Initiative, die Buntheit in unserer Gesellschaft abzuschaffen?»

Ludwig Hasler, Philosoph und Kolumnist

Anzeige

Ein ERP, das
einfach passt.

Weil Ihr Erfolg planbar ist



abacus.ch/erp-abacus

ABACUS



Wir gratulieren der Maag Recycling AG zum This-Priis 2026.



Herzliche Gratulation! Maag Recycling AG gewinnt den IV-Arbeitgeber-Award 2026

Der Familienbetrieb in vierter Generation engagiert sich seit 80 Jahren für die Kreislaufwirtschaft und betreibt einen Wertstoffhof in Winterthur. In der Zerlegehalle finden Menschen mit gesundheitlichen Herausforderungen einen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt. So entstehen nicht nur neue Rohstoffe, sondern auch neue Chancen und Perspektiven für Menschen.

Der This-Priis ist ein Engagement der
SVA Zürich

Mehr erfahren:



www.svazurich.ch/gewinner-finalisten

INHALT

Im Brennpunkt

Zwischen Verbrennern und E-Mobilität	5
Transportbranche unter Druck	6
Wenn Zürich schläft, läuft die Logistik	7
Besuch bei den Hütern der Normen	10

Politik & Wirtschaft

Trägerische Wohn-Initiativen	14
Basel als Warnsignal für Zürich	15
Neue Planwirtschaft und Bürokratie? Nein danke.	16
Parolen KGV, Volksabstimmung	17
Frequenz am Flughafen durch Lärmdebatte bedroht	18
Berufsfachschule Uetikon wird realisiert	19
Faire Chance auf Wohneigentum	21

Bildung

Berufsbildende: Schlüsselpersonen für Betriebe und Wirtschaft	22
---	----

Verbände

Drei Finalisten für KMU-MAX gewählt	24
Höris Rezepte fürs Mitgliederwachstum	25

Ratgeber

Kennzahlen lügen nicht	26
Fälschungen im Päckli: Kurzer Prozess	27

Aktuell

Recyclingfirma holt Integrationspreis	28
---------------------------------------	----

Kolumnen

Sauter sagt's	9
Ludwig Hasler	29
Der Wadenbeisser	30

Wohninitiativen gefährden KMU

Am 14. Juni entscheidet die Zürcher Stimmbevölkerung über gleich zwei Wohninitiativen. Beide verfolgen das Ziel, den Wohnungsmarkt stärker zu regulieren – doch insbesondere die sogenannte Wohnschutzinitiative schießt weit über dieses Ziel hinaus und droht die bestehenden Probleme weiter zu verschärfen statt zu lösen und KMU massgeblich zu schaden.

Mehr Regulierung, weniger Wohnraum

Die Initiative setzt auf staatliche Preisdeckelung bei Mieten und zusätzliche Bewilligungspflichten bei Renovationen und Umbauten. Damit wird nicht nur die unternehmerische Freiheit eingeschränkt, sondern auch die dringend benötigte Erneuerung des bestehenden Wohnraums ausgebremst. Investitionen werden unattraktiver, Sanierungen verzögert oder ganz unterlassen – mit direkten Konsequenzen für die Qualität und Quantität unseres Wohnungsbestands. Dabei zeigt bereits heute die Realität: Leerkündigungen sind kein strukturelles Massenproblem. Weniger als ein Prozent der Umzüge gehen darauf zurück. Das eigentliche Problem liegt vielmehr im anhaltenden Wohnungsmangel. Genau hier setzt die Initiative jedoch falsch an. Statt Anreize für mehr Bautätigkeit zu schaffen, erschwert sie diese zusätzlich.

KMU leiden, Probleme bleiben

Ein Blick nach Basel-Stadt bestätigt diese Befürchtungen. Nach Einführung vergleichbarer Regelungen sind Baugesuche massiv eingebrochen, Renovationen wurden zurückgestellt und wichtige

energetische Verbesserungen unterlassen. Weniger Sanierungen und weniger Ersatzneubauten bedeuten weniger Aufträge für lokale Betriebe. Davon betroffen sind Maurer, Maler, Gipser, Elektriker, Sanitärfirmen, Schreiner, Haustechnik und viele weitere KMU im Kanton Zürich. Wer Investitionen bremst, schadet nicht nur dem Wohnungsmarkt, sondern vernichtet auch Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung.

Hinzu kommt eine schleichende Verstaatlichung des Wohnungsmarktes. Wenn Gemeinden künftig Mietzinsentwicklungen kontrollieren und Eingriffe in Eigentumsrechte vornehmen können, wird ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen. Die Grenze zwischen sozialpolitischem Anliegen und dirigistischer Überregulierung wird dabei massiv überschritten.

Die beiden Gegenvorschläge zeigen, dass differenzierte Lösungen möglich sind. Sie setzen gezielt dort an, wo tatsächlich Handlungsbedarf besteht: Abbau überflüssiger Regulierungen, schnellere baurechtliche Verfahren und Verdichtung an geeigneten

Orten, beispielsweise durch Aufstockungen, wo es sinnvoll ist. Kündigungen sollen zudem vermieden oder sozialverträglich gestaltet werden, ohne den Wohnungsbau grundsätzlich zu blockieren.

Wer den Wohnungsmarkt nachhaltig stärken will, muss auf mehr Angebot setzen, nicht auf mehr Regulierung. Deshalb gilt am 14. Juni: Nein zu den beiden Wohninitiativen, die KMU in der Bauhaupt- und Nebenbranche massiv schaden würde – und Ja zu den beiden ausgewogenen Gegenvorschlägen.

Mehr zu den beiden Wohninitiativen auf den Seiten 14/15. Die weiteren Abstimmungen und KGV-Parolen: Seiten 16, 17, 21.



Thomas Hess
Geschäftsführer KGV

Anzeigen

Ihr zuverlässiger Partner für Bauprojekte

VERLUSTE VERMEIDET MAN ONLINE

Creditreform Egeli Zürich AG
Binzmühlestrasse 13, 8050 Zurich
info@zuerich.creditreform.ch
Tel. +41 44 307 80 80
www.crediweb.ch

awesome.cloud

Ihre IT-Infrastruktur in einer Stunde aufgesetzt!

Jetzt 7 Tage testen!

Unsere Transportflotte ist für Sie unterwegs.

toggenburger.ch

Warum sich Leasing für KMU lohnt

Eigentum bindet Kapital. Mit Leasing bleiben KMU flexibel und sichern ihre Liquidität – eine clevere Alternative zum Kauf.



René Raths
Leiter
Investitionsgüter-
leasing
Zürcher
Kantonalbank

Für viele KMU im Kanton Zürich ist der Kauf von Maschinen, Fahrzeugen oder anderen Investitionsgütern die naheliegende Wahl. Doch Eigentum bindet Kapital – und das kann in einem dynamischen Marktumfeld schnell zur Herausforderung werden. Leasing bietet hier eine attraktive Alternative: Es ermöglicht Unternehmen, flexibel zu bleiben, Liquidität zu sichern und gleichzeitig technologisch auf dem neuesten Stand zu bleiben.

Was ist Leasing – und wie funktioniert es?

Leasing ist im Grunde ein Dreiparteigeschäft: Die Bank erwirbt das gewünschte Objekt vom Lieferanten oder Händler und stellt es dem Unternehmen zur Verfügung. Im Gegenzug zahlt das Unternehmen während der Laufzeit eine fixe Leasingrate, die Zins und Amortisation (Rückzahlung des geliehenen Betrags) umfasst. Das Besondere: Während der Leasing-

INFORM

Mehr für Unternehmen

Für KMU im Kanton Zürich bietet die Zürcher Kantonalbank nicht nur massgeschneiderte Leasinglösungen, sondern auch eine kompetente Beratung, um das Potenzial von Leasing optimal auszuschöpfen.

Für nachhaltige Investitionsgüter, wie etwa Nutzfahrzeugen mit Elektroantrieb, offeriert die Zürcher Kantonalbank mit dem Umweltleasing ein attraktives Angebot. Die ZKB beteiligt sich mit 1% an den Anschaffungskosten.

Mehr Infos: zkb.ch/leasing



Leasing hilft, Risiken zu minimieren, Liquidität zu sichern und technologisch à jour zu bleiben. Bild Gettyimages

dauer bleibt das Objekt im Eigentum der Bank. Nach Ablauf des Vertrags hat das Unternehmen die Wahl, das Objekt zu einem Restwert zu übernehmen oder zurückzugeben.

Flexibilität und Sicherheit für KMU

Gerade für kleinere Unternehmen und Handwerksbetriebe bietet Leasing entscheidende Vorteile. Es schont die Liquidität, da keine hohen Anschaffungskosten anfallen, und sorgt für eine bessere Planbarkeit der Ausgaben. So können Betriebe ihre Kapazitäten flexibel anpassen und auf Auftragsspitzen reagieren, ohne langfristige Investitionsbudgets zu belasten.

Ein weiterer Vorteil: Leasing ermöglicht es, Investitionen nach dem sogenannten Pay-as-you-earn-Prinzip zu finanzieren. Das heisst, die Kosten für die Leasingraten werden durch die Erträge gedeckt, die das geleaste Objekt während seiner Nutzung generiert.

Technologische Aktualität als Wettbewerbsvorteil

In einer Zeit, in der sich Technologien rasant weiterentwickeln, ist es für Unternehmen entschei-

dend, am Puls der Zeit zu bleiben. Leasing bietet die Möglichkeit, Maschinen und Geräte regelmässig zu erneuern oder aufzurüsten. So können KMU sicherstellen, dass sie stets mit modernster Technologie arbeiten – ein klarer Vorteil gegenüber Mitbewerbern, die auf veraltete Anlagen setzen.

« Leasing bietet die Möglichkeit, Maschinen und Geräte regelmässig zu erneuern oder aufzurüsten. »

René Raths
Leiter Investitionsgüterleasing ZKB

Strategisches Instrument für die Geschäftsleitung

Leasing ist längst nicht mehr nur eine Finanzierungsalternative, sondern ein strategisches Management-Instrument. Es ermöglicht Unternehmen, ihre technologische Roadmap eng mit der Finanzstrategie zu verknüpfen. Die fixen Leasingraten erleichtern die Budgetplanung und sorgen für finanzielle Stabilität. Gleichzeitig bleiben Ei-

genmittel verfügbar, um in andere strategische Bereiche wie Forschung und Entwicklung, Digitalisierung oder gezieltes Wachstum zu investieren.

Vorteile auf einen Blick

- Agilität: Produktionskapazitäten können flexibel an die Marktlage angepasst werden.
- Innovation: Regelmässige Upgrades sichern den technologischen Vorsprung.
- Finanzkraft: Eigenmittel werden geschont, und die Bilanzkennzahlen bleiben optimiert.
- Branchenlösungen: Massgeschneiderte Leasingmodelle für Transport, Industrie, Bau, Logistik und das Gesundheitswesen.

Leasing: Schlüssel zu mehr Wettbewerbsfähigkeit

In einer Welt, in der Innovationszyklen immer kürzer werden und Märkte zunehmend unberechenbar sind, ist Leasing weit mehr als eine Finanzierungslösung. Es ist ein integrales Steuerungsinstrument, das Unternehmen hilft, Risiken zu minimieren, Liquidität zu sichern und technologisch an der Spitze zu bleiben.

Zwischen Verbrennern und E-Mobilität

Automarkt Schweiz: Längere Nutzungsdauer, hohe E-Auto-Preise, Unsicherheit bei der Wahl der Antriebsform und fehlende Ladeinfrastrukturen lähmen den Verkauf von Neufahrzeugen.

Gerold Brüttsch-Prévôt

Auf den Parkplätzen vieler Garagen stehen zahlreiche herausgeputzte und glänzende Autos – aber keiner will sie. Seit dem pandemiebedingten Einbruch vor rund fünf Jahren hat sich der Markt nicht mehr richtig erholt. Der Gesamtmarkt hat rund 20 Prozent verloren, seither stagniert er mehr oder weniger. Einzelne Garagen verloren, je nach Standort und Marke, bis zu 50 Prozent des Umsatzes.

Längere Nutzungsdauer

«Vor der Pandemie wurden in der Schweiz rund 300 000 Fahrzeuge verkauft, heute sind es noch rund 245 000», bringt es Daniel Schaller, Direktor Verkauf und Mitglied der Geschäftsleitung der Hutter Auto Gruppe in Winterthur, auf den Punkt. Einen Grund dafür sieht er im veränderten Nutzungsverhalten: «Die Fahrzeuge werden länger gefahren. Früher ersetzte man sie in der Regel nach vier Jahren, meistens mit dem Auslaufen des Leasingvertrags. Heute werden sie häufiger ausgelöst. Es gibt dadurch also nicht weniger Fahrzeuge auf den Strassen». Das sei aber für die Garagen nicht nur negativ. Die längere Nutzungsdauer sorge dafür, dass Werkstätten mit Service- und Reparaturarbeiten besser ausgelastet seien. Obwohl bereits ein Drittel der neu zugelassenen Autos reine Steckerfahrzeuge sind, sieht er im Ausbau der Lademöglichkeiten in den Liegenschaften weiteres Potenzial, um den Verkauf von E-Fahrzeugen weiter anzukurbeln.

Angebot erweitern

Für Schaller ist es aber auch wichtig, über den klassischen Autoverkauf hinauszudenken. Eine Garage soll daher nicht nur Fahrzeuge verkaufen, sondern auch innovative Mobilitätslösungen als Teil des Geschäftsmodells anbieten. Dazu zählen beispielsweise Autosharing, zeitlich flexible Mietoptionen oder andere Konzepte,



Neue Mobilitätslösungen als Teil des Geschäftsmodells: Daniel Schaller von der Hutter Auto Gruppe will weiter denken. Bild zvg

die den Alltag der Kunden flexibler und nachhaltiger gestalten könnten.

Für den unbefriedigenden Abverkauf sorgen auch noch andere Hürden. Die Anschaffungskosten von E-Autos sind nach wie vor hoch und Fragen zu Batterierecycling oder Umweltbilanz verunsichern Konsumentinnen und Konsumenten. Laut einer Studie des Meinungsforschers Sotomo nennen über 50 Prozent der Befragten den Preis als entscheidenden Faktor, weitere 50 Prozent sehen Umweltbedenken bei Batterien als problematisch. Zu Unrecht, was den Preis betrifft: E-Fahrzeuge sind im Betrieb deutlich günstiger als Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor. Strom kostet pro Kilometer in der Regel weniger als Benzin oder Diesel, und auch die Wartung fällt aufgrund der einfacheren Technik tiefer aus. Über die gesamte Nutzungsdauer hinweg können sich die höheren Anschaffungskosten dadurch relativieren – insbesondere bei den derzeit steigenden Treibstoffpreisen.

Unsicher bei der Antriebswahl

«Ein Grund ist sicherlich die Unsicherheit bei der Wahl des Antriebs. Viele wissen nicht, ob sie

sich für einen Benziner, einen Hybrid oder ein E-Fahrzeug entscheiden sollen, deshalb warten sie ab», meint Christian Müller, Inhaber der Ford Garage Wehntal in Steinmaur. Er sieht aber keinen Grund abzuwarten. Seine Empfehlung: Wer sich etwas Gutes tun möchte, sollte jetzt auf ein E-Fahrzeug umsteigen. Die Fahrzeuge seien technisch ausgereift, die Batterietechnologie zuverlässig, und auch die Reichweite sei heute kein Problem mehr. «Mit rund 500 Kilometern und mehr pro Ladung müssen 90 Prozent der Autofahrer in der Woche nur einmal laden», ergänzt Müller. Viele Fahrzeughalter schätzten allerdings ihre Verbrenner, kennten das Handling und die Reichweite und sähen keinen unmittelbaren Bedarf, ein neues Fahrzeug anzuschaffen. Und die unsichere geopolitische Lage sei auch nicht gerade motivierend, viel Geld auszugeben, wenn es nicht unbedingt nötig sei.

Nachfrage nach E-Autos steigt

Hat der Krieg im Iran und damit die unsichere Versorgungslage einen Run auf E-Fahrzeuge ausgelöst? Die Nachfrage nach E-Autos ist tatsächlich gestiegen.

Die Neuzulassungen von batterieelektrischen Autos legten im März, also dem ersten vollen Monat nach der Eskalation, im Vergleich zum Vorjahr um 21,7 Prozent zu, die von Plug-in-Hybriden um 38,1 Prozent. Ausgelöst wurde laut Daniel Schaller auch ein Boom auf Occasions-E-Fahrzeuge, da diese eine kostengünstige Variante für individuelle Mobilität seien. Die gesamten Neuzulassungen von Personenkraftwagen stiegen dagegen nur um 7,2 Prozent auf 23 010 Fahrzeuge an.

Schweiz hinkt hinterher

Die Schweiz hinkt im internationalen Vergleich hinterher, trotz Kaufkraft und politischer Unterstützung. In Ländern wie Norwegen, wo staatliche Anreize hoch, Ladeinfrastruktur dicht und Vorschriften verbindlich sind, wechseln Konsumenten deutlich schneller zu E-Fahrzeugen.

Ein zentrales Hindernis für die Verbreitung von Elektroautos in der Schweiz liegt dort, wo die meisten Fahrzeuge stehen: zu

«Die Fahrzeuge werden länger gefahren. Früher ersetzte man sie in der Regel nach vier Jahren.»

Daniel Schaller
Direktor Verkauf, Hutter Auto Gruppe

Hause. Vor allem in Mietwohnungen fehlt oft die nötige Ladeinfrastruktur. In vielen Tiefgaragen und Einstellhallen von Mehrfamilienhäusern sind Ladestationen noch immer die Ausnahme – für viele wird der Umstieg auf ein E-Auto dadurch unattraktiv. Häufig verweigern Vermietende oder Eigentümergemeinschaften den Einbau privater Ladestationen. Ohne Lademöglichkeit kein Umstieg. Im europäischen Vergleich bietet die Schweiz derzeit die schlechtesten Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der E-Mobilität.

Transportbranche unter Druck

Höhere Treibstoffkosten für das Transportgewerbe treiben die Preise entlang der gesamten Lieferkette in die Höhe und belasten besonders KMU. Der Nutzfahrzeug-Branchenverband ASTAG warnt vor wachsender Unsicherheit und sieht neben den Energiekosten auch den Fachkräftemangel als Herausforderung.

Mark Gasser

Mit dem Angriff der USA auf den Iran kletterte der Ölpreis zwischenzeitlich stark. Nach der Verkündung einer Waffenruhe sank er zwar wieder auf unter 100 Dollar pro Barrel (Sorte Brent). Doch die Preisentwicklung bleibt unsicher – genauso wie die derzeit ausbleibenden Öl- und Gaslieferungen durch die wichtige Strasse von Hormus, welche vom Iran derzeit blockiert wird. Einige Branchen trifft das besonders hart. Für die Transportbranche haben die steigenden Treibstoffpreise einschneidende Folgen. Das wirkt sich wiederum auf die Preise der mit Camions oder Lieferwagen versandten Produkte aus. Der Strassentransport sichert die Versorgung in der Schweiz. Steigen die Kosten langfristig an, verteuert sich die gesamte Lieferkette. Am Ende trifft es somit alle. Güter werden teurer, die Kaufkraft sinkt und der Konsum geht zurück.

Die steigenden Treibstoffpreise setzen deshalb auch die Schweizer Transportbranche unter Druck. Laut Anna Bähni, Kommunikationsverantwortliche des Nutzfahrzeugverbands ASTAG, bedeutet dies für die Unternehmen vor allem stark steigende Kosten und eine anhaltende Unsicherheit. «Ein hoher Dieselpreis wirkt sich



Die steigenden Treibstoffpreise stellen Transportunternehmen in der Schweiz vor Herausforderungen. Bild stock.adobe/Rumir

direkt auf die Kostenstruktur der Transportunternehmen aus. Treibstoff ist ein zentraler Kostenfaktor, die Mehrkosten können nicht allein durch die Branche getragen werden», so Bähni. In vielen Fällen bleibe keine andere Möglichkeit, als die Transportpreise zu erhöhen. Um die steigenden Treibstoffkosten abzufedern, reagiere die Branche vor allem über betriebswirtschaftliche Anpassungen.

Die Transport- und Logistikunternehmen kämen nicht umhin, die steigenden Kosten an ihre Kunden weiterzugeben. Die be-

reits geringen Margen liessen wenig Spielraum, wie Anna Bähni von ASTAG andeutet: «Die Weiterverrechnung der Mehrkosten ist zentral und derzeit eine der wenigen wirksamen Massnahmen. Gleichzeitig zeigt die Praxis, dass dies nicht immer vollständig möglich ist. Gerade kleineren Unternehmen fehlt oftmals die dafür notwendige Verhandlungsmacht.»

Das bedeutet wiederum: Besonders kleine und mittlere Unternehmen sind stark betroffen von den steigenden Energiepreisen. «Sie stehen unter massivem Margen- und Liquiditätsdruck und spüren die Auswirkungen steigender Treibstoffpreise direkt», fügt Bähni an.

Politische Forderungen

Bereits wurden erste Forderungen in Bundesbern aufgegriffen und konkretisiert. Es liegt beispielsweise eine Interpellation vor, die den Bundesrat um eine Einordnung der Situation bittet. Gleichzeitig ist ein parlamentarischer Vorstoss hängig, der eine Senkung der Mineralölsteuer fordert.

Die ASTAG verfolge die Entwicklung aktiv und bringe sich auch politisch ein, erklärt Anna

Bähni. Sollte sich die Situation weiter verschärfen, erwarte der Verband von Politik und Verwaltung «besonnene und breit abgestützte Massnahmen».

Anhaltender Fachkräftemangel

Beschleunigt die aktuelle Entwicklung den Umstieg auf alternative Antriebe wie Elektro- oder Wasserstofffahrzeuge? Ein Beispiel: Die grosse Schweizer Logistikfirma Galliker ist Vorreiterin bei Elektro-Lkw und nachhaltiger Logistik. Doch solche Umstellungen seien nicht kurzfristig realisierbar, präzisiert Bähni. «Der Umstieg auf alternative Antriebe wie Elektro- oder Wasserstofffahrzeuge ist mit sehr hohen Investitionen verbunden und setzt vor allem Planungssicherheit voraus.» Gerade für kleine und mittlere Transportunternehmen stell-

«Ein hoher Dieselpreis wirkt sich direkt auf die Kostenstruktur der Transportunternehmen aus.»

Anna Bähni
Kommunikationsverantwortliche
Nutzfahrzeugverband ASTAG

ten die notwendigen Investitionen etwa für eine Elektrifizierung der Flotte eine grosse Herausforderung dar. «Ohne verlässliche Rahmenbedingungen und wirtschaftliche Perspektiven bleibt der Umstieg für viele Betriebe schwierig.»

Zuoberst auf dem Sorgenbarometer steht deshalb nicht der Umstieg auf alternative Antriebe. Neben den volatilen Treibstoffpreisen beschäftigt der anhaltende Fachkräftemangel die Branche. «Es wird immer schwieriger, die richtigen Leute zu finden», sagt Anna Bähni. «Gleichzeitig ist die künftige Ausgestaltung der LSWA derzeit noch offen, was die Flottenplanung massiv erschwert. Der Branche fehlt damit in vielerlei Hinsicht die Planungssicherheit.»

Wenn Zürich schläft, läuft die Logistik

Während Zürich nachts zur Ruhe kommt, beginnt für viele Logistikunternehmen die intensivste Phase. Waren werden sortiert, transportiert und zugestellt, oft so, dass sie am nächsten Morgen bereits bereitstehen. Für zahlreiche KMU ist diese Form der Belieferung zentral, etwa um die Produktion aufrechtzuerhalten oder Ausfälle zu vermeiden.

Anna Birkenmeier

Oft muss es schnell gehen: Die Nacht- und Expresslogistik ist daher stark am Zulegen. «Die Nachfrage nach Expresstransporten ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, insbesondere weil Ersatzteile immer schneller verfügbar sein müssen», sagt Reto Oechlin vom Overnight Kurier. Auch Mikael Esteban von 7Days Schweiz beobachtet diesen Trend. Getrieben werde er durch steigende Erwartungen an Verfügbarkeit, optimierte Lagerhaltung und Just-in-Time-Prozesse.

Für viele Betriebe bringt das konkrete Vorteile. «Empfänger können bereits zu Arbeitsbeginn auf die Ware zugreifen, das reduziert Stillstandzeiten und verkürzt die Dauer der Arbeitsvorbereitung», sagt Esteban. Gleichzeitig erfolgen Transporte ausserhalb der Verkehrs-Spitzenzeiten, was die Planbarkeit erhöht.

Auch beim Logistikunternehmen Planzer sieht man die Stärke der Nachtlogistik vor allem dort, wo Geschwindigkeit und Verlässlichkeit gefragt sind. «Nachtlogistik kommt gezielt dort zum Einsatz, wo Waren am Morgen früh verfügbar sein müssen oder Zustellungen am Tag an Grenzen stossen», sagt Jan Pfenninger von Planzer. Das sei gerade in Städten wie Zürich häufig der Fall, etwa wegen Verkehrsaufkommen oder enger Zeitfenster. «Bestellungen können oft bis in den Abend hinein erfolgen und werden noch in derselben Nacht ausgeliefert.» Dadurch liessen sich Lieferketten verdichten und zeitkritische Versorgungsprozesse sicherstellen. Gerade im Gesundheitswesen, in der Industrie oder in der Frischelogsistik sei das entscheidend, weil Güter zuverlässig und rechtzeitig verfügbar sein müssten.

Regulierung und Praxis

Die Rahmenbedingungen sind in der Schweiz klar geregelt. Das Nachtfahrverbot für schwere



Während die Stadt schläft, laufen Transporte und Zustellungen auf Hochtouren. Bild Planzer

Fahrzeuge zwischen 22 und 5 Uhr gilt landesweit, in Städten wie Zürich kommen zusätzliche Einschränkungen durch Lärmschutz und Zufahrtsregimes hinzu. Für die Unternehmen bedeutet das, ihre Logistiksysteme entsprechend auszurichten. «Besonders relevant ist das generelle Nachtfahrverbot für schwere Güterfahrzeuge über 3,5 Tonnen Gesamtgewicht zwischen 22 und 5 Uhr (mit Ausnahmen), das wir sehr befürworten», sagt Pfenninger. In dieser konsequenten und flächendeckenden Form sei es international nur in wenigen Ländern wie der Schweiz, Österreich oder Liechtenstein anzutreffen.

Das Verbot hat auch strukturelle Auswirkungen. «Wir haben unsere Systeme konsequent entlang dieser Rahmenbedingungen entwickelt», so Pfenninger. Längere Distanzen werden häufig auf der Schiene zurückgelegt, während die Feinverteilung erst in den frühen Morgenstunden erfolgt. «Wir transportieren einen grossen Teil unserer Sendungen nachts emissionsarm in die Zielregionen und übernehmen die

letzte Meile ab 5 Uhr.» Ergänzend kommen leichtere Fahrzeuge und spezialisierte Zustellmodelle zum Einsatz, etwa für medizinische Produkte oder Ersatzteile.

Eng getaktete Abläufe

Die Nachtlogistik folgt dabei eigenen Gesetzmässigkeiten. Die Prozesse sind stark standardisiert und zeitlich eng abgestimmt. Zwischen Anlieferung, Sortierung und Zustellung liegen oft nur wenige Stunden, was eine hohe Präzision erfordert.

«Die Nachtlogistik erfordert eine sehr präzise Planung und Abstimmung aller Prozesse», sagt Esteban. Verzögerungen liessen sich kaum auffangen, da eine zweite Zustellung in derselben Nacht in der Regel nicht möglich sei. Auch Pfenninger betont: «Es gibt praktisch keinen Puffer. Nachtlogistik funktioniert nur, wenn alles auf Anhieb passt.»

Besonders sensibel sind die Schnittstellen im System. «Die heikelsten Momente entstehen vor allem beim Umschlag und in den wenigen Stunden zwischen Ankunft, Sortierung und Auslieferung», sagt Pfenninger. Schon kleine Abweichungen könnten grosse Auswirkungen haben. Hinzu kommen externe Faktoren wie Wetter, technische Störungen oder schwankende Sendungsmengen.

Herausforderungen in Städten

Neben der operativen Komplexität steht die Branche vor weiteren Herausforderungen. «Wir bewegen uns in einem Spannungsfeld aus regulatorischen Vorgaben, infrastrukturellen Engpässen und steigenden gesellschaftlichen Erwartungen», sagt Pfenninger. Lärmschutzauflagen oder lokale Zufahrtsbeschränkungen schränken die Flexibilität ein, gleichzeitig werde geeignete Infrastruktur in urbanen Räumen zunehmend knapp.

Auch die gesellschaftliche Akzeptanz spielt eine Rolle. «Die Sensibilität gegenüber nächtlichem Lärm wächst», sagt Pfenninger. Unternehmen reagieren darauf mit leiseren Technologien und angepassten Zustellprozessen.

Immer wichtiger für Lieferketten

Trotz dieser Hürden gehen die Anbieter von weiterem Wachstum aus. «Overnight-Services werden künftig ein noch stärkerer Bestandteil moderner Lieferketten sein», ist Esteban überzeugt. Die bessere Nutzung bestehender Infrastruktur bringe auch ökologische Vorteile.

Für Unternehmen im Raum Zürich wird die Nachtlogistik damit zunehmend zum Wettbewerbsfaktor. «Express-Logistik wird auch künftig eine Schlüsselrolle einnehmen, etwa für Medizintechnik oder zeitkritische Industriekomponenten», sagt Oechlin.

Gleichzeitig sieht Pfenninger auch politischen Handlungsbedarf. «Wir brauchen differenziertere und flexiblere Rahmenbedingungen, um neue Modelle zu ermöglichen», sagt er. Nachtlogistik müsse stärker als Teil der Lösungsverständen werden und nicht nur als Belastung.

Anzeige

Ihre Partneragentur im Herzen von Zürich

persönlich | seriös | kompetent

Löwenstrasse 25
8001 Zürich

+41 44 534 19 50
+41 79 774 00 84

Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme

Kathrin Grüneis

freieherzen.ch



Solarstrom von EKZ für nachhaltige Logistik

Auf den sieben Dächern des Logistik-Areals Embraport realisierte EKZ die grösste Solaranlage im Kanton Zürich – und zeigt damit, wie Unternehmen ihre Energieversorgung wirtschaftlich, nachhaltig und ohne eigenes Investitionsrisiko sichern können.

von **Julien Duc**

Auf den sieben Dächern des Embraport-Areals in Embrach entstand innert weniger Monate ein Solarkraftwerk mit einer Fläche von rund 20000 Quadratmetern – so gross wie etwa drei Fussballfelder. Wo zuvor Dachflächen ungenutzt blieben, wird heute lokal Strom für Unternehmen und Bevölkerung produziert. «Es macht uns stolz, dass wir hier die grösste Solaranlage im Kanton Zürich realisieren konnten. Solche Projekte machen erneuerbare Energie für die Wirtschaft konkret nutzbar und stärken gleichzeitig die Versorgungssicherheit im Kanton Zürich», sagt Paul Sidler, Leiter Erneuerbare Energien bei EKZ.

Die Dimensionen der Solaranlage sind eindrücklich: 9500 Module, etwa 80 Kilometer Kabel und eine Leistung von bis zu 4.5 Megawatt. Mit einer Jahresproduktion von rund 4 Gigawattstunden liefert die Anlage genügend Strom für eine Gemeinde mit etwa 4000 Einwohnerinnen und Einwohner. Das Projekt ist Teil des langfristigen Engagements von EKZ, die erneuerbaren Energien im Kanton Zürich und der Schweiz konsequent auszubauen.

Günstiger Solarstrom sorgt für Standortvorteil

Der Embraport ist einer der wichtigsten Logistik-Hubs der Region Zürich – mit täglich unzähligen Abläufen. Parallel dazu realisierte EKZ die Anlage auf sieben Gebäuden, ohne die laufenden Prozesse zu beeinträchtigen. Jeder Materialtransport, jede Ablagefläche und 600 Kranhube wurden präzise ge-



Neu produziert EKZ im Embraport günstigen Solarstrom für die Mieter des Logistikareals. Dies stärkt deren Nachhaltigkeitsbilanz.

plant und exakt koordiniert. Das erfordert Erfahrung im Umgang mit komplexen Infrastrukturen und zeigt beispielhaft, wie Energieprojekte auch in anspruchsvollen betrieblichen Umfeldern erfolgreich umgesetzt werden können.

Rund die Hälfte des erzeugten Stroms wird direkt vor Ort im Embraport genutzt. «Unsere Mieterinnen und Mieter profitieren von CO₂-freiem Strom zu attraktiven Konditionen. Das verbessert nicht nur ihre Nachhaltigkeitsbilanz, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit», erklärt Jean-Claude Maissen. Er ist CEO der Zürcher Freilager AG, Besitzerin und Betreiberin des Embraports. «Gleichzeitig sehen wir mit dem eigenen Solarstrom grosse Chancen für die Elektromobilität, die in der Logistik an Bedeutung gewinnt. Damit haben wir zukünftig einen klaren Standortvorteil.»

Solar-Contracting: Energie ohne Investitionsrisiko

Möglich wird dies durch das Solar-Contracting von EKZ. Unternehmen stellen lediglich ihre Dachflächen zur Verfügung. EKZ kümmert sich um alles andere: planen, finanzieren, bauen, betreiben und unterhalten. «Viele Unternehmen wollen nachhaltiger werden, ohne Kapital zu binden oder zusätzliche

Risiken einzugehen», erklärt Paul Sidler. «Genau hier setzt unser Angebot an: Unternehmen können sich ihrem Kerngeschäft widmen, die Liquidität im Business halten und trotzdem von selbst produzierter Energie profitieren.» EKZ bringt das gesamte Fachwissen, um die Anlage über den Lebenszyklus zu optimieren. Als Solar-Contractor betreibt EKZ erfolgreich über 100 Anlagen in der Schweiz.

Auch für die Zürcher Freilager AG war dies ausschlaggebend. «Mit EKZ als professionellem Partner profitieren wir von sauberem Solarstrom, ohne selbst investieren zu müssen. Risiken und Betrieb liegen bei EKZ – das ist wirtschaftlich sinnvoll, effizient und komfortabel», sagt Jean-Claude Maissen. Er empfiehlt das Solar-Contracting von EKZ ausdrücklich weiter und hebt die Zusammenarbeit «auf Augenhöhe und mit hoher Professionalität» hervor.

Höherer Eigenverbrauch dank Grossbatterie

Der Embraport erweitert derzeit seinen Gebäudepark. Auf den neuen Dachflächen sollen ebenfalls Solarmodule installiert werden. Der Zubau wäre substanzvoll (+ 25%). Zudem haben EKZ und die Zürcher Freilager AG konkrete Pläne, auf dem Logistikareal eine Grossbatterie mit einer Kapazität von zwei Mega-

INFO

Solarstrom für Ihr Gebäude und Grossanlagen

Möchten auch Sie auf Ihrem Dach für sich selbst sauberen und günstigen Solarstrom produzieren? Mit EKZ setzen Sie auf einen erfahrenen Partner, der Ihre Energiezukunft ganzheitlich denkt. Sie erhalten die passende Solarlösung für Ihr Gebäude oder Areal. Wir begleiten Sie von der ersten Idee über die Umsetzung bis zum laufenden Betrieb.

Mehr Infos:
www.ekz.ch/solar-grossanlagen

wattstunden zu installieren. Ziel ist es, mehr Solarstrom direkt vor Ort im Embraport zu nutzen. «Speicher sind ein entscheidender Baustein des zukünftigen Energiesystems», erklärt Paul Sidler. «Sie steigern den wirtschaftlichen Wert des Solarstroms. Gleichzeitig stabilisieren Batterien die Stromversorgung, indem sie das Stromnetz entlasten.»

Mehr als Strom: integrierte Lösungen für Unternehmen

Teil der Mega-Solaranlage ist auch das Gebäude der Firma Kyburz, einem Pionier der Elektromobilität. EKZ Eltop verantwortete die gesamte elektrotechnische Infrastruktur: von Elektroinstallationen über Brandmelde- und Netzwerktechnik bis hin zu einer energieeffizienten Lichtlösung für Werkstatt, Büros, Lager und die interne Teststrecke. Das Beispiel zeigt, wie EKZ Eltop Unternehmen mit integrierten elektrotechnischen Lösungen bei einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Ausrichtung unterstützt.

Die Leuchtturmprojekte von EKZ im Embraport veranschaulichen, wie die Energiezukunft im Wirtschaftsraum Zürich konkret umgesetzt werden kann – ganzheitlich, partnerschaftlich, wirtschaftlich und nachhaltig.

Strategischer Erfolgsfaktor Energie und geistige Mobilität

KOLUMNE
SAUTER SAGT'S



Bruno Sauter
Unternehmer, Konsulent

Geistige Mobilität ist keine Tugend unter vielen. Sie ist die Voraussetzung für alles andere. Wer die Welt von gestern mit den Konzepten von vorgestern erklärt, darf sich nicht wundern, wenn er des Öfteren in der Zukunft falsch liegt. Nehmen wir die Technologie. Die digitale Infrastruktur, auf der unsere Wirtschaft, unsere Kommunikation und unser Alltag beruhen, ist heute zu einem beängstigenden Grad in amerikanischer Hand. Clouds, Halbleiter, KI-Plattformen, Betriebssysteme: made in USA, oder zumindest von dort kontrolliert. Das ist kein Zufall – es ist das Ergebnis von Jahrzehnten amerikanischer (militärischer) Innovationsführerschaft und europäischer Selbstgefälligkeit. Doch das Fenster für eine echte Alternative öffnet sich gerade: Europa und Asien investieren massiv in eigene Chipfertigung, in souveräne KI-Modelle, in dezentrale Netzwerkarchitektu-

ren. Die Frage ist nicht, ob es eine Gegenmacht zur US-Dominanz geben wird, sondern ob die Schweiz dabei ist oder wieder nur zuschaut.

Ähnliches gilt für die Ressourcenfrage.

Die Energiedebatte in der Schweiz dreht sich noch immer um die Achse «Solar und Wind gegen Kernkraft», als wäre die Zeit seit Fukushima stehengeblieben. Dabei hat sich die Welt weitergedreht: Kleine modulare Reaktoren (SMR) versprechen massgeschneiderte, skalierbare Kernkraft ohne die Kolossalrisiken der alten Reaktorgenerationen. Fusionsenergie, lange belächelt, rückt mit privaten Milliarden-Investitionen und konkreten Zeithorizonten in die Realität vor. Wer Kernkraft für erledigt hält, hat die Entwicklung der letzten fünf Jahre schlicht nicht verfolgt. Das ist kein Vorwurf, es ist ein Befund. Und dann ist da die Verteidigung. Die Schweiz diskutiert Drohnen so, als wären sie ein exotisches Nischenthema. Dabei haben die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten in aller Schärfe gezeigt: Drohnen sind nicht die Zukunft des Krieges, sie sind seine Gegenwart.

Schwärme autonomer Kleinstdrohnen, KI-gestützte Aufklärung, elektronische Kriegsführung, das sind keine Science-Fiction-Szenarien, das sind dokumentierte Realitäten auf europäischem Boden. Wer die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz ernsthaft debattieren will, muss diese Entwicklungen nicht nur kennen, sondern durchdenken. Strukturen und Beschaffungsprozesse, die auf die Bedrohungslagen der 1990er Jahre zugeschnitten sind, schützen im Jahr 2026 niemanden.

Was all diese Felder verbindet, ist das zentrale Defizit: die geistige Mobilität unserer Politik. Es braucht keine Hellseher in Bern, es braucht Politiker, die sich proaktiv und mit echtem Gestaltungswillen auf das Wissen von Experten – welche in allen Bereichen bei uns vorhanden wären – einlassen, bevor Entwicklungen eingetreten sind, nicht danach. Wer erst reagiert, wenn die Lage unübersehbar ist, hat bereits verloren. Geistige Mobilität beginnt mit einer einfachen Entscheidung: unbequeme Fragen zulassen, und die Antworten ernst nehmen.

Anzeige

Unternehmertum ist nichts für schwache Nerven

Für ein starkes Unternehmertum



ubs.com/unternehmertum

© UBS 2026. Alle Rechte vorbehalten.



Jean-Claude Maissen (ZF AG, links) und Paul Sidler (EKZ).

Besuch bei den Hütern der Normen

Normen stecken überall – von der Schraube bis zur globalen Lieferkette. Und doch haftet ihnen der Ruf des Trockenan an. Ein Besuch bei der Schweizerischen Normen-Vereinigung in Winterthur zeigt: Hinter den Standards, die Märkte ordnen und Innovation ermöglichen, stehen Menschen, Interessen – und ein überraschend lebendiger Alltag.

Mark Gasser

S tets fällt bei der Erwähnung von Normen das Paradebeispiel: Die Standardisierung der Container in den 1950er-Jahren. Dieser Meilenstein in der Geschichte der Normung war tatsächlich der wohl wichtigste Motor der Globalisierung – unter anderem, weil sie die Normung der Logistiksysteme ab da von lokalen auf neue globale Standards (ISO) hievte.

Doch man muss nicht so gross denken, um Normen anzutreffen. Von der Schraube über Maschinenrichtlinien bis zu Qualitätsprozessen: Hinter unzähligen Abläufen und Produktionsprozessen in Schweizer Unternehmen stecken Normen – schweizerische, europäische oder globale. Ein Blick hinter die Kulissen der Schweizerischen Normen-Vereinigung (SNV) zeigt die Menschlichkeit der vermeintlich trockenen Welt der Normen: Sie hat mehr mit Praxis, Technik und Unternehmertum zu tun, als ihr Ruf vermuten lässt.

Wer schafft eigentlich Normen?

Wer sich die «Schutzengel der Normenwelt» als eher unauffällige

graue Bürokraten, als gleichgeschaltete «Normmenschen» mit identischem Skillset vorstellt, täuscht sich: ganz unterschiedliche Fähigkeiten sind hier gefragt – so ist eine Person für alle Fragen rund um Schutzkleidung zuständig (nebst vielen anderen Bereichen), eine andere für Uhren. Da gibt es vom Geologen zur Politikwissenschaftlerin über den IT-Spezialisten ganz verschiedene Typen.

«Technischer Hintergrund hilft – viele Normen sind im technischen Bereich angesiedelt.»

Sereina Schär

Kommunikationsmanagerin SNV

Ortstermin am Hauptsitz der SNV im Industriepark in Winterthur. «Es gibt keinen Studiengang für Normung», sagt Sereina Schär, Marketing & Communications Managerin bei der SNV, mit einem Schmunzeln. Eine Qualität vereinen aber viele Mitarbeitende: Sie kommen oft aus technischen Berufen. «Logisch, technischer Hintergrund hilft – viele Normen sind im



Sereina Schär, Kommunikationsmanagerin der SNV, an ihrem Arbeitsplatz – von hier aus vermittelt sie die oft unterschätzte Bedeutung von Normen für Wirtschaft und Alltag.

technischen Bereich angesiedelt», sagt Schär. Schärs eigene Aufgabe zeigt: Normen muss man tatsächlich vermarkten. Finanziert wird die SNV zu 90 Prozent durch die Wirtschaft – die Cash Cow (total 73 Prozent des Umsatzes) ist der Verkauf, weitere 15 % erwirtschaften Mitgliedsbeiträge. Hinzu kommen Beiträge durch das Mandat des Bundes (10%) und von der grössten beteiligten Branche, dem Verband Swissmem (2%).

Knapp 40 Mitarbeitende aus den Abteilungen Normung, Verkauf, Academy, ICT, HR, Marketing/Kommunikation und Finanzen sind im Hauptsitz tätig. Viele davon arbeiten im Grossraumbüro, doch sind an diesem Dienstag die meisten im Homeoffice.

Alltag in der Normen-Zentrale

Eines der Büros teilen sich Ramesh Luther, Membership Manager, und Martin Stähelin, Leiter

der hauseigenen Academy, des Membership Management und Marketing. Ersterer kümmert sich administrativ um die Mitglieder und deren Funktionen, etwa in den Normenkomitees. «Wir decken vom Kinderspielzeug bis hin zum Atomkraftwerk alles ab», sagt Luther. Er erzählt, dass etwa die landläufig bekannte Qualitätsnorm ISO: 9001–2015 neu überarbeitet wird. Auch werden derzeit sehr viele Normen zu KI und Umweltthemen über- oder neu erarbeitet (siehe Infobox S. 13). Und da sind in den internationalen Komitees oft Vertreter aus der Schweiz dabei. Luther ist etwa Ansprechperson, wenn es um Offertstellungen geht, er rekrutiert neue Mitglieder oder betreut Mitglieder, die in den Normierungskomitees mitarbeiten – ein wichtiger Grund, um bei der SNV mitzuwirken. Luther sorgt auch für die Durchlässigkeit zwischen Normung und Mitglied-

schaft, kurzum: Er kennt den Puls der Mitglieder und kann so den «Normungsbedarf» einschätzen: Stösst ein Thema auf grosses Interesse, klärt er ab, ob daraus ein Normierungskomitee entstehen soll.

Hauseigene Normen-Academy

Viele Firmen wollen ihren Mitarbeitenden auch Sinn und Anwendung von Normen vermitteln. Dafür gibt es eine eigene Akademie: Diese leitet Luthers Bürokollege Martin Stähelin seit Dezember 2022. Der Ausbildungsbereich der SNV umfasst Seminare und Workshops rund um Normierungsfragen, vom firmeninternen Normen-Refresher über Mittag zum mehrtägigen Seminar für eine ganze Branche – auch für KMU oft eine gute Adresse, um sich im Normendschungel zurechtzufinden. Gegen 1000 Personen holen sich hier jährlich Wissen über den Normendschungel. Denn dieser sei – gerade

bei der interdisziplinären Normung – für viele Laien unübersichtlich. «Und für jede Norm könnte man eine Schulung geben», so Stähelin. Also filtern er und die Dozenten jeweils, welche Normen die Unternehmen besonders tangieren.

Einige Bereiche, die besonders oft abgedeckt werden, sind Umweltmanagement, Qualitätsmanagement, Maschinenbauindustrie und Medizintechnik/Gesundheitswesen. Seminare der SNV können online oder physisch gebucht werden. Zu diversen Themen gibt es auch E-Learning-Angebote. Oft gehen die Referenten auch zu grösseren Firmen – oder es kommt zu einem gemeinsamen Anlass mehrerer kleinerer Firmen. «Momentan sind Firmenseminare sehr stark nachgefragt», sagt Stähelin.

Die weiteren Räume bestehen aus Sitzungs- und Seminarbüros, Pausen- und kleineren Räumen für Bereiche wie IT und Innovati-

on, flankiert vom hellen Grossraumbüro. Dieses wird unter anderem von zwei Standards Managern belegt. Eine davon ist Ruth Schneider. Standards Manager betreuen die Mitglieder in den Normenkomitees und «erledigen das Kleinzug» für diese, wie Schneider erklärt. Das klingt einfacher, als es ist. Standards Mana-

rend. Gerade chinesische Firmen drängen vermehrt in Komitees oder versuchen, diese zu leiten, um ihre Normen international durchzusetzen. Denn auch für sie gilt schliesslich das Credo von Lukas Keller, CEO bei der SNV: «Wer die Norm hat, hat den Markt.»

Trotz «demokratischem» Entstehungsprozess existieren vermehrt Normen «made in China». Wie ist das möglich? In den internationalen Normenorganisationen ISO und IEC wird nicht automatisch festgelegt, welches Land ein Komitee leitet. Stattdessen können sich die nationalen Normenorganisationen – etwa die SNV – um den Vorsitz und das Sekretariat eines technischen Komitees bewerben. Über die Vergabe entscheidet das zuständige Leitungsgremium der ISO. Ausschlaggebend ist dabei vor allem, ob ein Land genügend Fachwissen sowie ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen kann, um die Arbeit eines solchen Komitees zu organisieren. Eine feste Länderquote für die Leitung oder die Besetzung der Gremien gibt es nicht. Expertinnen und Experten aus allen interessierten Ländern können in den Komitees mitarbeiten.

China ist dennoch im Vorteil: Die chinesische Normenorganisation SAC verfügt über grosse per-

Fortsetzung auf Seite 12

«Wir decken vom Kinderspielzeug bis zum Atomkraftwerk alles ab.»

Ramesh Luther

Membership Manager der SNV

ger organisieren unter anderem die Komitee-Sitzungen. Und die sind, obwohl sie an grauen Büroalltag erinnern, elementar wichtig in einer globalisierten Wirtschaft – und für die Beteiligten. Denn wer an Normen mitarbeitet, hat einen Wettbewerbsvorteil.

Vermehrt chinesischer Einfluss

Doch wie kommt es überhaupt zu einer neuen Norm? Zwar spricht man hier bei der Entstehung einer Norm von einem «demokratischen Prozess», weil auch jede Firma in einem Normenkomitee nur eine Stimme haben kann. Doch gleichzeitig ist die Teilnahme an Normierungskomitees politisch – und, so würden manche Kleinunternehmen argumentieren, marktverzer-



Membership Manager Ramesh Luther (l.) und Academy-Leiter Martin Stähelin.

Anzeige

bexio
besser im business

30% LIFETIME-RABATT
auf Ihr bexio Jahres-Abo.

Wir gratulieren zu 100'000 Kunden und Sie profitieren.

MARTIN WEISS
TREUHAND

Ihr zertifizierter bexio-Partner.
www.treuhand-weiss.ch

Interim Management

Wir meistern kritische Situationen

Business Consulting | Interim Management | Executive Search | Business Services



aviano

aviano.ch

Fortsetzung von Seite 11

Besuch bei den Hütern der Normen

sonelle und finanzielle Mittel und kann deshalb häufiger die Leitung solcher Komitees übernehmen. Viele kleinere Länder hätten zwar ebenfalls die nötige Fachkompetenz, können aber die dafür nötigen Ressourcen oft nicht im gleichen Umfang bereitstellen.

An der Mitgestaltung an einer Norm haben KMU wesentlichen Anteil: Die 488 Firmenmitglieder der SNV aus Unternehmen mit weniger als 500 Mitarbeitenden machen 80 Prozent der Klientel aus – und sie besetzen letztlich auch viele der Normenkomitees.

Möglichkeiten mitzuarbeiten

Aber die Mitgestaltung kann auf verschiedenen Ebenen erfolgen. Die niederschwelligste Form der Beteiligung ist das Kommentieren von Normentwürfen als Fachexpertin oder Fachexperte. Als Beispiel: Rolex sieht, dass eine



Standards Managerin Ruth Schneider im fast leeren Grossraumbüro.

neue Norm in Erarbeitung ist. Wenn die Firma ihre Meinung einbringen möchte, kann sie eine Person delegieren, die den Entwurf kommentiert. Zweite Stufe ist das Abstimmen: Das ist möglich, wenn man Mitglied in einem nationalen Normenkomitee ist. Der nächste Schritt wäre das aktive Erarbeiten eines internationalen Normentwurfs in ISO- oder CEN-Arbeitsgruppen (weltweit vs. europäisch). Höchste Stufe der Mitarbeit ist die Leitung eines solchen Komitees.

14 Schweizer Expertinnen und Experten haben derzeit diese Funktion bei CEN, 49 bei ISO. International ist die Schweiz gut vertreten: Bei allen Themenfeldern ist die Quote an Experten oder Leitung von Komitees aus der Schweiz stets auf Rang 20 oder besser. Und das geschieht natürlich nicht uneigennützig, denn: Wer die Norm macht, hat den Markt. Zum Vergleich die Top 3: Spitzenreiter Deutschland leitet 134, die USA 92 und China 89 Ko-

mitees. Was damit auch heisst: überdurchschnittlich viele Normen tragen deutsche Handschrift.

Normen werden in verschiedene Bereiche gebündelt. Den weitest aus umfänglichsten Anteil macht der Interdisziplinäre Normenbereich aus, der bei der SNV-Geschäftsstelle erarbeitet und überprüft wird – also der branchenübergreifende Bereich technischer und funktionaler Standards. Dieser besteht wiederum aus rund 60 Normenbereichen: Sie erstrecken sich von Akustik bis Zahnmedizin, von Möbeln bis zu Menstruationsprodukten, von Seilbahntechnik bis zu Smart Farming, von Kunststofftechnik über Kosmetik bis zur künstlichen Intelligenz.

Stichwort KI: Die Entwicklung einer Norm braucht Jahre – und hinkt so den Entwicklungen der KI stets hinterher. «Normen steigern aber grundsätzlich die Effizienz und reduzieren dadurch Kosten», sagt Schär. Produkte und deren Eigenschaften seien zudem klar umrissen. «Und weil Normen freiwillig erarbeitet werden, haben sie auch

immer eine hohe Akzeptanz von aussen.» Auf der «Kaskade der Verbindlichkeit», wenn man so will, kommen Normen gleich nach den Gesetzen und Verordnungen. Dass Gesetze oft Normen tangieren oder bedingen, ist selbstredend.

Nebst den INB-Normen, die bei der SNV-Geschäftsstelle angesiedelt sind, schaffen einzelne Branchen ihre eigenen Normen: Swissmem, Bauwesen, Strassen- und Verkehrswesen, Uhrenindustrie, Elektrotechnik und Telekommunikation. Aber auch diese Fachbereiche agieren unter dem Mantel der SNV.

Keine Normenpolizei, aber...

Eine Norm ist letztlich nichts anderes als ein Standard, auf den sich eine Mehrheit einigt – was dann den Handel erleichtern und einheitliche Qualität garantieren soll. Normen sorgen oft aber auch für Sicherheit. Doch eine «Normenpolizei» gibt es nicht, und einhalten muss die Norm daher faktisch keiner. Die SNV erarbeitet und verkauft Normen, über die

INFO

Schweizerische Normen-Vereinigung: Aufgabe, Geschichte, Zahlen, Fakten

Die Schweizerische Normen-Vereinigung (SNV) ist die nationale Normungsorganisation der Schweiz und vertritt die Schweizer Interessen in der europäischen und internationalen Normung, etwa bei der International Organization for Standardization (ISO). Ihr Auftrag ist es, Normen «zum Nutzen von Wirtschaft und Gesellschaft» zu entwickeln und zu koordinieren. Die SNV wurde 1919 gegründet. Neben der Normungsarbeit betreibt sie einen Normen-Shop sowie eine Academy für

Schulungen rund um Normen und Standards. Der Verkauf von Normen ist eine wichtige Einnahmequelle – bei einem Jahresumsatz von rund 12 Millionen Franken. Zudem führt die SNV mit Switec die Schweizer Auskunftsstelle für technische Vorschriften im Rahmen der WTO – ein Auftrag des Bundes. Rund 620 Mitgliedsunternehmen zählt der Verein, der die SNV trägt – vom Einmannbetrieb bis zu Grosskonzernen wie Nestlé. Insgesamt umfasst das Schweizer Normenwerk etwa 26 000 Nor-

men, von denen rund 1000 rein nationale Normen sind. Diese werden in der Regel alle drei bis fünf Jahre überprüft. Besonders relevante Normen, die aktuell überarbeitet werden, sind: ISO 9001 für Qualität, ISO 14001 für Umwelt (nachhaltiges Wirtschaften), ISO 45001 für Arbeitssicherheit (Schutz von Mitarbeitenden und Sicherheit von Arbeitsplätzen), ISO/IEC 27001 für Informationssicherheit – schützen sensible Daten und hilft, Cyberrisiken systematisch zu managen.

Einhaltung wachen andere Organisationen. «Es ist aber von grossem Vorteil, wenn man es macht – und ein noch grösserer Vorteil, wenn man sich an der Erarbeitung beteiligt», sagt Schär. Das bedeutet: Wer Normen nicht einhält, muss mit Nachteilen rechnen. Das kann ein Versicherungsfall sein,

wenn etwas schiefliegt und einem die Nichteinhaltung der Norm – etwa wegen eines Billigkabels aus China, das Feuer fängt – zum Verhängnis wird. Sie meint aber auch die Beteiligung an einheitlichen, kompatiblen Produkten und Systemen. Und da wären wir wieder beim Container: Wo wären die

Globalisierung und die Lieferketten heute, würden seit den 1950er Jahren die einheitlichen, stapelbaren Metallboxen nicht wie ein Ei dem anderen gleichen?

Für KMU gibt es bei der SNV ein KMU-Portal zu Kauf, Mitwirkung, Prüfstellen, techn. Details, Seminaren: www.snv.ch/de/ueber-normen/kmu-portal.html

Anzeige

Anzeige

Trägerische Wohn-Initiativen

Am 14. Juni stimmt Zürich über zwei linke Wohn-Initiativen ab. Beide bringen mehr staatliche Eingriffe, mehr Auflagen und mehr Unsicherheit. Damit bremsen sie genau das, was jetzt gebraucht wird: mehr Wohnungen, mehr Investitionen und schnellere und energetische Sanierungen.

Thomas Hess

Der Wohnungsmarkt im Kanton Zürich ist angespannt. Viele Menschen suchen eine passende Wohnung, während das Angebot nicht Schritt hält. Die Wohnschutz-Initiative verspricht Entlastung – würde in der Realität aber genau das Gegenteil bewirken.

Die Initiative sieht vor, dass Gemeinden bei Wohnungsknappheit strenge Bewilligungsverfahren für Sanierungen, Umbauten und Ersatzneubauten einführen sowie Mietzinsobergrenzen festlegen können. Damit greift sie tief in den Wohnungsmarkt ein – mit weitreichenden Folgen für den Kanton Zürich.

Denn eines ist klar: Die Bevölkerung wächst, Haushalte werden kleiner, und der Bedarf pro Person steigt. Neue Wohnungen sind deshalb zentral. Sie schaffen nicht nur zusätzlichen Wohnraum, sondern bringen Bewegung in den Markt. Studien zeigen: Zieht jemand in eine Neubauwohnung, finden indirekt zwei weitere Personen eine Wohnung. Ohne Neubauten fehlt genau diese Dynamik – der Markt verstopft.

Knappheit verschärft sich

Die Wohnschutz-Initiative setzt am falschen Hebel an. Wenn Investitionen durch zusätzliche Auflagen, Mietzinsvorgaben und längere Verfahren unattraktiver werden,



Handwerk und Gewerbe wären durch ein «Ja» zu den Wohn-Initiativen bedroht.

wird weniger gebaut und weniger saniert. Für den Kanton Zürich wird geschätzt, dass jährlich rund 500 Millionen Franken an Investitionen ausbleiben könnten.

Die Folgen sind absehbar: weniger neue Wohnungen, weniger Ersatzneubauten und weniger Modernisierungen. Damit verschärft sich die Knappheit weiter – und die Preise für neu ausgeschriebene Wohnungen steigen.

Besonders betroffen sind jene, die heute eine Wohnung suchen: junge Menschen, Familien oder Geschiedene. Während bestehende Mietverhältnisse geschützt bleiben, verteuern sich neue Mietverträge. Der Wohnungsmarkt droht sich in zwei Klassen zu teilen – mit klaren Nachteilen für alle, die neu eine Wohnung benötigen.

Gleichzeitig nimmt die Beweglichkeit im Markt ab. Wer einmal eine günstige Wohnung hat, gibt sie kaum mehr auf – selbst dann nicht, wenn sie nicht mehr zur Lebenssituation passt. Dieser «Lock-in-Effekt» reduziert die Verfügbarkeit zusätzlich und verstärkt die Knappheit unnötig. Junge Menschen, Familien oder Geschiedene finden kaum mehr eine passende Wohnung.

Weniger Aufträge fürs Gewerbe

Auch die Qualität des Wohnraums gerät unter Druck. Sanie-

dierungen oder Arealentwicklungen kommen nur schleppend voran. Die Wohnschutz-Initiative würde diese Probleme weiter verschärfen, statt sie zu lösen.

Die zentrale Erkenntnis ist klar: Mehr Regulierung schafft nicht mehr Wohnungen. Im Gegenteil: Sie reduziert das Angebot und verschärft die Knappheit.

Für Zürich braucht es deshalb einen anderen Weg: schnellere Verfahren, bessere Nutzung bestehender Flächen, gezielte Verdichtung und verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen.

Zielführender Gegenvorschlag

Genau hier setzt der Gegenvorschlag des Regierungsrates an: Ein neuer Verfassungsartikel soll Kanton und Gemeinden verpflichten, günstige Rahmenbedingungen für ein ausreichendes und bedarfsgerechtes Wohnraumangebot zu schaffen.

Anders als die Initiative setzt der Gegenvorschlag auf Rahmenbedingungen und Anreize, um den Wohnungsbau insgesamt anzukurbeln – durch weniger Regulierung, die Beschleunigung baurechtlicher Verfahren und durch die Förderung einer verdichteten Bauweise an geeigneten Orten, beispielsweise durch Aufstockungen. Nur so kann genügend Wohnraum entstehen, um die wachsende Nachfrage zu decken und die Wohnungsknappheit effektiv zu lindern.

Die Wohnschutz-Initiative hingegen würde genau diese Entwicklung blockieren – mit weniger Wohnungen, höheren Einstiegsmietten und spürbaren negativen Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft im Kanton Zürich. Nein zu den Wohn-Initiativen am 14. Juni.



Thomas Hess ist Geschäftsführer des KMU- und Gewerbeverbands Kanton Zürich KGV.

Verschärfung statt Lösungen

Dabei liegt die eigentliche Herausforderung längst auf dem Tisch: Projekte scheitern heute oft nicht an fehlender Nachfrage, sondern an Einsparungen, langwierigen Verfahren und politischen Blockaden. Ersatzneubauten, Ver-

Basel als Warnsignal für Zürich

Das 2020 vom Stimmvolk angenommene Basler Wohnraumförderungsgesetz (WRFG) sollte günstigen Wohnraum schützen. Sechs Jahre später ziehen das Gewerbe und die Immobilienwirtschaft eine ernüchternde Bilanz. Dasselbe Szenario könnte sich in Zürich wiederholen – mit direkten Folgen auch für KMU.

Mark Gasser

Am 14. Juni stimmt der Kanton Zürich über die Wohnschutz-Initiative ab. In Basel-Stadt ist bereits ein vergleichbares Regime in Kraft – mit spürbaren Folgen für Investitionen, Sanierungen und das Wohnungsangebot. Die ernüchternde Bilanz von Hansjörg Wilde, Präsident Gewerbeverband Basel-Stadt: Der vermeintliche Wohnschutz verfehlt sein Ziel.

Investitionen in bestehende Liegenschaften sind massiv zurückgegangen. Gemäss Branchenvertretern verzichten seit Einführung des neuen Regimes in Basel-Stadt viele Eigentümer ganz auf Renovationen, da sich diese aufgrund strenger Mietzinsvorschriften und aufwendiger Bewilligungsverfahren kaum mehr rechnen. Selbst kleinere Eingriffe führen zu erheblichem administrativem Aufwand. In der Folge werden vielerorts nur noch dringend notwendige Unterhaltungsarbeiten ausgeführt. Die Folgen:

Die Bausubstanz verschlechtert sich, energetische Sanierungen bleiben aus und die Qualität der Wohnungen sinkt. Gleichzeitig brechen dem Baugewerbe Aufträge weg – mit spürbarem Umsatzeinbußen insbesondere bei KMU. Der Kantonalverband «Gewerbe Basel» schlägt daher schon seit längerem Alarm. Er sieht nicht nur einzelne Arbeitsplätze, sondern ganze Betriebe gefährdet und fordert rasche Anpassungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Hansjörg Wilde, Präsident Gewerbeverband Basel-Stadt, spricht von Stagnation und massiven Auftragseinbußen fürs Bau- und Ausbaugewerbe in der Stadt und Umgebung: Er beziffert den Umsatzrückgang fürs Bauhaupt- und Baunebengewerbe seit Inkraftsetzung des neuen Gesetzes bei 50–80%. «Umstrukturierungen sowie personelle Anpassungen und eine Erweiterung des Wirkungskreises verschärfen dabei den Preisdruck auf dem Markt», sagt Wilde. Am stärksten

betroffen seien Umbauten und Renovationen. «Dieser Markt ist um über 50% eingebrochen.»

Mieten steigen, statt zu sinken

Denn das neue Gesetz führt nicht zu mehr oder günstigerem Wohnraum – im Gegenteil: Obwohl das Gesetz die Mieten dämpfen sollte, droht langfristig das Gegenteil. Projekte werden gestoppt oder gar nicht erst realisiert, unter anderem weil sie sich nicht mehr rechnen. Wenn weniger saniert und gebaut wird, sinkt das Wohnungsangebot – steigende Mieten sind damit kaum zu vermeiden. Branchenvertreter warnen deshalb vor einem paradoxen

Erhöhung der Mieten führen dürfen. In deren Rechnungsmodellen sei aber die Rendite für Investoren zu gering, weshalb Investitionen weitgehend ausblieben.

Lernt Zürich aus Basler Fehlern?

Für Wilde ist klar: In Zürich drohen ähnliche Fehlanreize. Am 14. Juni 2026 stimmen die Zürcher über zwei Wohn-Initiativen und zwei Gegenvorschläge ab. Die Wohnschutz- und die Wohnungsinitiative wurden beide von linken Kreisen entwickelt. Beide Initiativen versprechen mehr bezahlbaren Wohnraum, setzen aber auf noch mehr staatliche Eingriffe und neue Verpflichtungen (siehe Seite 14).

«Grossinvestoren werden nicht zurück ans Rheinknie kommen, was langfristig zu schlechtem Wohnungsbestand führt und als Standortnachteil zu werten ist.»

Hansjörg Wilde

Effekt: Trotz Regulierung könnten die Mieten langfristig steigen, während die Wohnqualität sinkt.

Gemäss den vom Statistischen Amt Basel-Stadt erhobenen Mietpreisen seien diese seit Einführung des WRFG steiler gestiegen als in den Vorjahren. «Da ebenfalls statistisch belegt weniger gebaut wird, ist der Schluss «höhere Mieten für schlechtere Wohnungen» richtig», sagt Wilde.

Zudem belasteten die administrativen Anforderungen die Betriebe in der Praxis, was die Bautätigkeiten weiter bremse. «Der administrative Aufwand im Bausektor steigt durch immer mehr Regulierungen und Bauvorschriften. Baugesuche dauern immer noch viel zu lange. In der Praxis bedeutet dies weniger Produktivität und mehr unproduktive Stunden», sagt Wilde. Das grösste administrative Problem: Mit dem WRFG einher gehe die Einsetzung der sogenannten Wohnschutzkommission. Diese prüft, welche Investitionen überhaupt zu einer

Der KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich ist überzeugt: Das löst die Wohnungsknappheit nicht, sondern verschärft sie.

Die Wohnschutz-Initiative will Gemeinden im Falle von Wohnungsmangel analog zur Basler Variante neue Wohnschutzmassnahmen ermöglichen. Bei Wohnungsknappheit könnten sie strenge Bewilligungsverfahren für Abbrüche, Sanierungen, Umbauten und Ersatzneubauten einführen sowie Mietzinsobergrenzen festlegen. Damit würde die Initiative bei einem Ja analog zur Basler Variante tief in den Wohnungsmarkt eingreifen.

Die Wohnungsinitiative will Kanton und Gemeinden stärker verpflichten, günstigen und klimafreundlichen Wohnraum zu fördern, und eine mit 500 Mio. Franken ausgestattete kantonale Wohnbaugesellschaft vorsehen.

Investoren verschucht

Eine erste Anpassung der Verordnung zum Gesetz im Oktober

ZUR PERSON



Hansjörg Wilde

ist seit 2023 Präsident des Gewerbeverbands Basel-Stadt. Der 61-Jährige war von 2014 bis 2022 parteiloser Gemeindepräsident von Riehen. Seit 2019 ist er Leiter Business Development bei ETAVIS.

2025 durch die Regierung führte in der Praxis kaum zu Verbesserungen. Der Grosse Rat hat nun mehrere Motionen an die Regierung überwiesen, um nachzubessern. Auch diese Massnahmen reichen aus Wildes Sicht aber nicht, um den Wohnungsbestand nachhaltig zu pflegen. «Grossinvestoren werden nicht zurück ans Rheinknie kommen, was langfristig zu schlechtem Wohnungsbestand führt und als Standortnachteil zu werten ist.»

Der Gewerbeverband Basel-Stadt fordert deshalb weitere Korrekturen. Ansonsten drohten nicht nur wirtschaftliche Schäden, sondern auch Zielkonflikte etwa bei der energetischen Sanierung und den Klimazielen. Wilde wünscht sich einen ausgewogenen Kompromiss zwischen Mieterschutz und Investitionsanreizen. «Gewünscht wäre eine schweizweite Regelung mit vernünftigen Renditen, aber mit dem nötigen Spielraum für Grundeigentümer und Investoren.»

Das Beispiel Basel zeigt, dass mit dem WRFG die Ziele der ursprünglichen Initiative nicht erreicht werden können. «Zürich sollte diesen Befund berücksichtigen und auf zusätzliche Regulierungen und Eigentumsbeschränkungen verzichten», rät Wilde.

Hansjörg Wilde wird aus erster Hand an der KGV-Generalversammlung vom 4. Juni über die Erfahrungen mit dem Wohnschutzgesetz in Basel-Stadt berichten.

Neue Planwirtschaft und Bürokratie? Nein danke.

Die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!», über die wir am 14. Juni 2026 abstimmen, spricht wichtige Themen an. Sie bringt aber keine Lösung, sondern schafft neue Probleme: mehr Bürokratie, mehr Beamte und mehr Staat.

Urs Furrer

Vereinfacht gesagt lautet das Rezept der Initiative: Man werfe alle Formen der Zuwanderung in ein und denselben Topf, füge die Entwicklung der einheimischen Bevölkerung hinzu und schraube am Schluss einen Deckel drauf. Was einfach klingt, ist ein grobes und undifferenziertes Instrument, das den Bedürfnissen der Wirtschaft nicht gerecht wird.

Für Schweizer KMU führt ein solches Rezept zu mehreren Problemen:

Problem Nr. 1: Fachkräfte würden durch Asyl und Familiennachzug verdrängt.

Weil die Initiative alles in den gleichen Topf wirft, würde die arbeitsmarktorientierte Zuwanderung durch Asyl und Familiennachzug konkurrenziert. Steigen diese Zahlen, bringt dies die arbeitsmarktorientierte Zuwanderung unter Druck. Für KMU würde es schwieriger, gezielt Mitarbeitende mit den benötigten Fähigkeiten zu finden.

Problem Nr. 2: Nicht mehr der Markt, sondern Beamte entscheiden.

Heute steuert der Arbeitsmarkt einen wesentlichen Teil der Zuwanderung. Wer aus einem EU- oder EFTA-Land kommt und einen Job findet, kann bleiben. Der Regulator ist der Markt. Nach Annahme der Initiative wäre es anders: Der Staat gibt den Takt vor. Dabei ist der Staat dem Markt unterlegen, wenn es darum geht, Arbeits-

«Die Kontingentierung bedeutet: Formulare, Anträge, Wartezeiten und Verfahren. Die Bürokratiekosten steigen stark. Das trifft KMU besonders.»

Urs Furrer

Direktor schweiz. Gewerbeverband sgv

kräfte dort einzusetzen, wo sie am produktivsten sind. Sind Kontingente ausgeschöpft, erhalten KMU keine Bewilligungen mehr. Sind die benötigten Fachkräfte im Inland nicht verfügbar, heisst das: Aufträge können nicht ausgeführt werden, Kunden springen ab, neue Aufträge können nicht angenommen werden.

Problem Nr. 3: KMU-feindliche Kontingentierung.

Die Mühsal der Kontingentierung für KMU kennen wir aus der Zeit vor der Personenfreizügigkeit. Früher wurden bei Kontingenten immerhin Konjunktur und Bedarf berücksichtigt. Neu würden sie sich nur noch an der Nettozuwanderung orientieren. Die Bedürfnisse der KMU spielen keine Rolle mehr. Kontingente wären kein wirtschaftspolitisches Instrument,

sondern nur noch ein Mittel zur Steuerung der Bevölkerungszahl.

Problem Nr. 4: Mehr Bürokratie.

Die Kontingentierung bedeutet: Formulare, Anträge, Wartezeiten und Verfahren. Die Bürokratiekosten steigen stark. Das trifft KMU besonders, da sie weniger Ressourcen haben als Grossunternehmen. Letztere können mit ihren HR-Abteilun-

gen die Bürokratie besser bewältigen.

Die Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials ist wichtig, reicht als Rezept aber nicht. Auch bei maximaler Nutzung (Erhöhung Arbeitspensum und Rentenalter, Förderung der Berufsbildung, stärkere Integration der inländischen Bevölkerung ins Berufsleben) bleibt eine Lücke. Aufgrund der demografischen Entwicklung werden in Zukunft viele Arbeitskräfte fehlen. Darum ist ganz klar: KMU müssen weiterhin unkompliziert Fachkräfte aus dem Ausland rekrutieren können.

Oder anders gesagt: Probleme im Asylbereich müssen gelöst werden, aber nicht zulasten der KMU! Die Initiative vermischt alles und bestraft Unternehmen für Fehlentwicklungen in anderen Bereichen. Das ist nicht zielführend. Das kann und darf nicht sein.



Urs Furrer ist Direktor des schweizerischen Gewerbeverbandes sgv.

PAROLEN KGV DER VOLKSABSTIMMUNG VOM 14. JUNI 2026

«Wohnungsinitiative» und Gegenvorschlag

Die Initiative verlangt, dass Kanton und Gemeinden aktiv für mehr günstigen und klimafreundlichen Wohnraum sorgen und dafür unter anderem eine staatliche Wohnbauanstalt mit einem Startkapital von 500 Millionen Franken gründen. Der Gegenvorschlag verfolgt hingegen einen zurückhaltenderen Ansatz und zielt darauf ab, vor allem die Rahmenbedingungen zu verbessern, etwa durch schnellere Verfahren, ohne dass der Staat selbst als Bauherr auftritt.

Meinung KGV: Es handelt sich um einen unnötigen Eingriff des Staates in den Wohnungsmarkt. Mit der Annahme der Initiative würde der Kanton zum aktiven Marktteilnehmer. Die staatliche Wohnbauanstalt würde KMU direkt konkurrenzieren und müsste sich keinem Wettbewerb stellen, da sie auf unbeschränkte Steuergelder zurückgreifen kann. Mit der Initiative wird es nicht mehr Wohnungen geben. Im Gegenteil, wenn der Kanton baut, geht es meist länger und es wird teurer. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Lage auf dem angespannten Wohnungsmarkt verbessert wird. Der Gegenvorschlag sorgt dafür, die Rahmenbedingungen für das Wohnen durch schnelleres und dichteres Bauen zu verbessern. Der Gegenvorschlag definiert, was der Staat tun soll, nicht wie.

Parole: Nein zur Initiative, **Ja** zum Gegenvorschlag

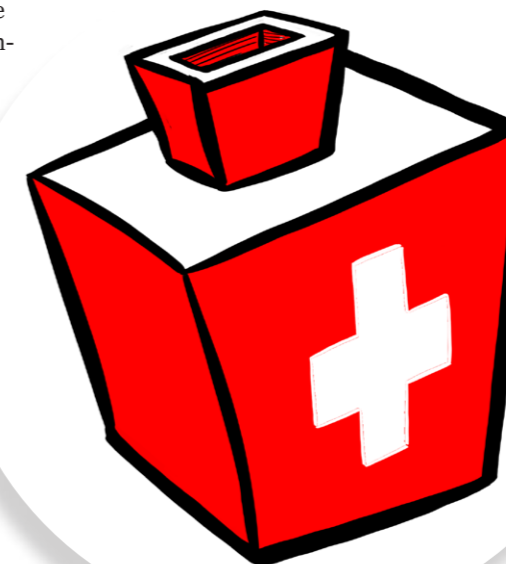
«Wohnschutz-Initiative» und Gegenvorschlag

Die Initiative zielt darauf ab, die Mietpreise stärker zu regulieren, indem Gemeinden Mietaufschläge nach Renovationen begrenzen (Mietpreisdeckel) und Umwandlungen von Mietwohnungen in Eigentum einschränken können. Damit soll insbesondere die Zahl der Leerkündigungen reduziert werden. Der Gegenvorschlag verfolgt einen moderateren Ansatz: Bei grösseren Bauprojekten mit mindestens 20 Mietverhältnissen sollen Kündigungen möglichst vermieden werden, und betroffene Mieter besser informiert und unterstützt werden.

Meinung KGV: Der vorgeschlagene Wohnschutz ist ein massiver Eingriff in die Wirtschafts- und Eigentumsfreiheit. Er würde Renovationen bremsen, den Wohnungsbau erschweren und auch KMU treffen. Leerkündigungen sind im Kanton Zürich kein

Massenphänomen – weniger als 1 Prozent der Umzüge erfolgen deshalb. Das eigentliche Problem bleibt der Mangel an Wohnraum. Zusätzliche Bewilligungspflichten für Abbrüche, Umbauten und Renovationen verschärfen dieses Problem. Basel-Stadt zeigt, wohin das führt: weniger Baugesuche, weniger Sanierungen, weniger Aufträge fürs Gewerbe. Der Gegenvorschlag ist zielgerichteter: Er verlangt bei grossen Bauvorhaben, Kündigungen nach Möglichkeit zu vermeiden oder zu reduzieren, und schafft klare Regeln dort, wo sie unvermeidlich sind.

Parole: Nein zur Initiative, **Ja** zum Gegenvorschlag



«Wohneigentums-Initiative»

Die «Wohneigentums-Initiative» des Hauseigentümergebietes fordert, dass Kanton und Gemeinden im Grundsatz das selbstgenutzte Wohneigentum gleich stark fördern sollen wie den gemeinnützigen Wohnungsbau. Künftig sollen Kanton und Gemeinden den von ihnen erstellten und erworbenen Wohnraum grundsätzlich zur Hälfte als selbstgenutztes Wohneigentum abgeben. Das geförderte Wohneigentum wird durch den Wohnbauträger öffentlich ausgeschrieben und mit klaren Bedingungen und Voraussetzungen versehen.

Meinung KGV: Privates Eigentum ist ein zentrales Fundament erfolgreicher Gesellschaften und Marktwirtschaften. Es sorgt für Stabilität und Sicherheit. Mit der Initiative soll Wohneigentum für den Mittelstand wieder erreichbar werden. Die Initiative sorgt dafür, dass bei staatlich geförderten Wohnbauprojekten nicht nur

kostengünstige Mietwohnungen, sondern auch kostengünstige Wohnungen für das selbstbewohnte Wohneigentum erstellt werden müssen. Damit wird der verfassungsmässige Auftrag erfüllt. **Parole: Ja**

Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!»

Die Volksinitiative verlangt, dass die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz bis spätestens 2050 auf maximal 10 Millionen Menschen begrenzt wird. Ab 9,5 Millionen Einwohnern sollen Bund und Kantone Massnahmen ergreifen, um weiteres Bevölkerungswachstum zu verhindern – insbesondere bei Zuwanderung, Asyl und Familiennachzug. Wird die Grenze trotzdem überschritten, sollen nötigenfalls internationale Abkommen, darunter die Personenfreizügigkeit mit der EU, gekündigt werden. Ziel der Initiative ist eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung und der Schutz von Lebensqualität, Umwelt und Infrastruktur.

Meinung KGV: Die Initiative greift ein reales Unbehagen in der Bevölkerung auf. Das starke Bevölkerungswachstum der letzten Jahre hat den Druck auf den Wohnungsmarkt, die Verkehrsinfrastruktur und die Sozialsysteme erhöht. Auch die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf die Zuwanderung wurden unterschätzt. Diese Sorgen sind ernst zu nehmen. Die Initiative setzt jedoch auf starre Grenzwerte und automatische Mechanismen, die den Handlungsspielraum der Schweiz einschränken würden. Problematisch ist das Risiko einer Kündigung der Personenfreizügigkeit und damit eine Gefährdung des bilateralen Wegs mit der EU. Für die Wirtschaft und die KMU würde dies Unsicherheiten schaffen. Die Schweizer Wirtschaft ist zudem weiterhin auf qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen. Insgesamt ist die Initiative deshalb der falsche Weg. Stattdessen braucht es gezielte Massnahmen bei Infrastruktur, Wohnraum, Arbeitsmarkt und Integration.

Parole: Nein

Bei diesen Vorlagen verzichtet der KGV auf eine Parolenfassung:

Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock»

Verfassungsänderung «Vertretung im Kantonsrat»

Änderung Zivildienstgesetz (ziviler Ersatzdienst)

Ohne Bauarbeiter
keine Wohnung

INITIATIVE KEINE 10-MILLIONEN-SCHWEIZ

**NICHT MIT DEM FEUER SPIELEN!
KMU SAGEN NEIN AM 14. JUNI**

KGV
KMU- UND
GEWERBEVERBAND
KANTON ZÜRICH



Frequenz am Flughafen durch Lärmdebatte bedroht

Diese Rubrik kommentiert die Arbeit des Kantonsrates im vergangenen Quartal. Der Fokus liegt auf Geschäften mit Relevanz fürs Gewerbe.

Vorlage 5996: Volksinitiative «Flughafen-Nachruhe-Initiative»

Unnötige Einschränkungen für Flughafen

Die Volksinitiative «Flughafen-Nachruhe-Initiative» im Kanton Zürich fordert eine strikte siebenstündige Nachruhe von 23 bis 6 Uhr. Ziel ist es, die Lärmbelastung für die Anwohnerinnen und Anwohner zu reduzieren, indem der Flugbetrieb in dieser Zeit untersagt wird. Faktisch käme dies einer zusätzlichen Verkürzung der heutigen Betriebszeiten um 30 Minuten gleich. Ob die Initiative mit übergeordnetem Bundesrecht vereinbar ist, erscheint äusserst fraglich.

Der Kantonsrat hat der Initiative einen Gegenvorschlag gegenübergestellt. Künftig soll der Regierungsrat einen noch stärkeren Fokus auf den Lärmschutz legen, sich verstärkt für die

Einhaltung der bundesrechtlichen Nachtflugordnung einsetzen und verspätete Flüge verteuern. Der Kantonsrat hat die Vorlage in erster Lesung beraten. **Unterstützung** erhält die Initiative einzig von der AL.

Den Gegenvorschlag unterstützen: SP, GLP, Grüne, Mitte, EVP, AL, EDU.

Den Gegenvorschlag lehnen ab: SVP, FDP.

Meinung KGV: Die Nachruhe-Initiative ist abzulehnen, weil sie die bereits heute sehr strikten Betriebszeiten faktisch um weitere 30 Minuten verkürzen würde. Das gefährdet den Drehkreuzbetrieb der SWISS und schwächt die internationale Anbindung des Standorts Zürich sowie der ganzen Schweiz. Bis zu 30 Prozent der Langstreckenflüge könnten dadurch wegfallen. Dies hätte erhebliche negative Folgen für Wertschöpfung und Arbeitsplätze.

Auch der Gegenvorschlag führt zu einer Verschlechterung der Rahmenbedingungen. Er beinhaltet zusätzliche Auflagen, die den Druck auf die Betriebszeiten hoch halten oder weiter erhöhen. Dies liegt nicht im Interesse der

KMU, die von einem leistungsfähigen und prosperierenden Flughafen profitieren. Der Flughafen hat bereits Massnahmen zur Reduktion von Verspätungen eingeleitet und umgesetzt. Erste Erfolge sind sichtbar: Trotz steigender Passagierzahlen konnten die Flugbewegungen nach 23 Uhr in den letzten zwei Jahren deutlich reduziert werden.

Sommer 2026: Inkraftsetzung der Mobilitätsinitiative

Gemäss einer aktuellen Mitteilung setzt der Regierungsrat die Mobilitätsinitiative per 1. Juni 2026 in Kraft und passt gleichzeitig die kantonale Signalisationsverordnung an. Die Zürcher Stimmberechtigten haben die entsprechende Änderung des Strassengesetzes am 30. November 2025 mit 57 Prozent angenommen. Ziel der Vorlage ist es, dass über Temporeduktionen auf Staatsstrassen und Strassen von überkommunaler Bedeutung künftig der Kanton entscheidet und solche Reduktionen nur noch in Ausnahmefällen möglich sind. Flächendeckend Tempo 30 ist künftig nicht mehr möglich.

Berufsfachschule Uetikon wird realisiert

Der Zürcher Kantonsrat hat am 13. April dem Zusatzkredit zur Realisierung der Berufsfachschule Uetikon zugestimmt und damit ein wichtiges Zeichen für die Berufsbildung gesetzt. Der KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich begrüsst diesen Entscheid ausdrücklich.

Die geplante Streichung der Berufsfachschule Uetikon aus dem Gesamtprojekt auf dem CU-Areal hat deshalb auch in Gewerkekreise in den vergangenen Wochen für erhebliche Diskussionen gesorgt. Der Regierungsrat wollte das Projekt aus Spargründen zurückstellen, während die Kantonsschule wie geplant realisiert werden sollte. Der KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich (KGV) hat diese Priorisierung klar kritisiert und sich entschieden für die Umsetzung der Berufsfachschule eingesetzt.

Der KGV begrüsst deshalb, dass der Antrag der Kommission für Planung und Bau (KPB) für einen Zusatzkredit von 45 Millionen Franken zur Realisierung der Berufsfachschule einschliesslich Aula und Mediathek als Teil der

Gesamtkonzeption in Uetikon im Kantonsrat dank der Mitte- und Linksparteien eine Mehrheit gefunden hat. Der Entscheid stelle sicher, dass die Berufsbildung am rechten Zürichseeufer nicht weiter ins Hintertreffen gerate und künftig über genügend modernen Schulraum für die Ausbildung des Zürcher Berufsnachwuchses verfügt. Thomas Hess, Geschäftsführer

Preis – im direkten wie im indirekten Sinne. Eine moderne, zeitgemässe Berufsfachschule in Uetikon ist eine Investition, die sich für Wirtschaft und Gesellschaft vielfach auszahlen wird.» Für den KGV ist klar: Eine Nichtumsetzung der Berufsfachschule in Uetikon wäre trotz der hohen Kosten keine Option gewesen. Der heutige Standort in Stäfa

und eine Mediathek. Die bestehende Infrastruktur wird den heutigen Anforderungen an eine moderne Berufsbildung nicht mehr gerecht. Eine Sparübung zu Lasten der Berufsbildung wäre auch aus bildungspolitischer Sicht nicht vertretbar gewesen. Zudem wären bei einer Nichtrealisierung der Berufsfachschule am Standort Uetikon wichtige Synergiepotenziale verloren gegangen.

Gleichzeitig zeigt die Diskussion im Kantonsrat einmal mehr grundsätzliche Probleme auf: Der Kanton ist offenbar nicht in der Lage oder nicht willens, kostengünstiger zu bauen, wie dies Privatschulen regelmässig vormachen. Hier besteht aus Sicht des KGV weiterhin grosser Handlungsbedarf. (ZW)

«Eine moderne, zeitgemässe Berufsfachschule in Uetikon ist eine Investition, die sich für Wirtschaft und Gesellschaft vielfach auszahlen wird.»

Thomas Hess

Geschäftsführer KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich

rer des KGV, findet klare Worte: «Wer heute bei der Berufsbildung spart, zahlt morgen einen hohen

ist zu klein, stark veraltet und weist erhebliche Mängel auf – unter anderem fehlen eine Turnhalle

Anzeige

Mietendeckel lässt Handwerk und Gewerbe verarmen.

2x NEIN
zu den linken Wohn-Initiativen.

2x JA zu den Gegenvorschlägen
Mit Regierungsrat und Kantonsrat

14. Juni 2026
wohn-initiativen-nein.ch

Zürcher KMU-Innovationstag

Unter dem Motto «Gemeinsam zukunftsfähig: Mut zum Experiment!» findet am 7. Juli von 8.30 bis 17 Uhr auf dem ZHdK Toni Campus der diesjährige Zürcher KMU-Innovationstag statt.

Ein Tag, der neue Perspektiven eröffnet: Lassen Sie den Alltag hinter sich und öffnen Sie den Blick für neue Möglichkeiten. Der Zürcher KMU-Innovationstag bringt engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer zusammen, um Ideen und neue Wege zu diskutieren, praxisnahe Lösungen zu entwickeln und frische Impulse mitzunehmen.

Das erwartet Sie: Im Plenum, in Workshops und Vertiefungsgesprächen werden Themen behandelt, die KMU heute und morgen bewegen:

- Digitale Chancen nutzen: künstliche Intelligenz, Cybersecurity, Gamification
- Zusammenarbeit neu denken: Kooperation mit Start-ups, Betriebsorganisation, neue Führungsmodelle
- Gesund bleiben: mentale und körperliche Balance im Arbeitsalltag
- Finanzierung sichern: neue und

alternative Wege für innovative Projekte

- Fachkräfte gewinnen: Quereinstieg, Ausbildung, Fachkräfteentwicklung, Zukunftskompetenzen
- Innovationen anstossen und Fördermöglichkeiten nutzen

Vor Ort steht zudem Expertinnen- und Expertenwissen aus verschiedenen Fachbereichen zur Verfügung. Nutzen Sie die Gelegenheit, Fragen zu stellen, Erfahrungen auszutauschen und konkrete Lösungsansätze für Ihre unternehmerischen Herausforderungen zu diskutieren. Der Innovationstag bietet Inspiration, fördert den Austausch und eröffnet die Möglichkeit, wertvolle Kontakte zu knüpfen sowie Ideen gezielt weiterzuentwickeln.

Infos: Teilnahmegebühr: Fr. 180.–. Für Teilnehmende aus dem Kanton Zürich Fr. 120.–. ZHdK Toni Campus, Pfingstweidstrasse 96, 8005 Zürich. Anmeldung und mehr Informationen unter www.kmu-innotag.ch

Anzeige

Innovation Zürich

ZÜRCHER KMU INNOVATIONSTAG
Gemeinsam zukunftsfähig: Mut zum Experiment

7. Juli 2026
08.30 bis 17.00 Uhr
ZHdK Toni Campus

Jetzt anmelden

Medienpartner

radio zürisee

topsoft
Plattform für Digitales Business

www.kmu-innotag.ch



Newsletter «KMU aktuell»

Stets informiert mit Wirtschaftsprognosen, Podcasts und Events zu aktuellen KMU-Themen.



Newsletter
abonnieren
zkb.ch/kmu-aktuell



Zürcher
Kantonalbank

Faire Chance auf Wohneigentum

Ein Grossteil der Zürcherinnen und Zürcher wünscht sich Wohneigentum. Doch für viele Leute – selbst im Mittelstand – bleibt dieses Ziel unerreichbar. Hier setzt die Wohneigentums-Initiative des HEV Kanton Zürich an. Sie schafft neue Chancen für den Mittelstand, stärkt das Angebot an kostengünstigem Wohneigentum und entlastet den angespannten Wohnungsmarkt.

Josef Wiederkehr

Bezahlbarer Wohnraum ist eine der zentralen Herausforderungen im Kanton Zürich. Die Nachfrage nach Wohneigentum steigt kontinuierlich, gleichzeitig bleibt das Angebot knapp. Für viele Menschen bleibt der Wunsch nach einem eigenen Zuhause deshalb unerfüllt. Hohe Preise und fehlende Verfügbarkeit führen dazu, dass sich immer weniger Haushalte Wohneigentum leisten können. Heute profitieren fast ausschliesslich Mietwohnungen von Genossenschaften von der Wohnbauförderung, während selbst genutztes Wohneigentum systematisch benachteiligt wird.

Anzeige

Genau hier setzt die Wohneigentums-Initiative des HEV Kanton Zürich an. Sie fordert, dass bei staatlich unterstützten Wohnbauprojekten künftig sowohl Mietwohnungen als auch kostengünstige Wohnungen für das selbstgenutzte Wohneigentum entstehen. Damit wird ein bestehendes Ungleichgewicht korrigiert, der Zugang zu Wohneigentum verbessert und der verfassungsmässige Auftrag umgesetzt, wonach der gemeinnützige Wohnungsbau und das selbst genutzte Wohneigentum gleichermaßen gefördert werden sollen. Gerade für Familien und den Mittelstand entstehen so wieder realistische Chancen auf ein eigenes Zuhause.

Gleichzeitig stärkt die Initiative die Vielfalt auf dem Wohnungsmarkt. Wenn mehr Menschen Wohneigentum erwerben können, wird der Druck auf den Mietmarkt reduziert und das Angebot insgesamt ausgewogener. Klare Regeln stellen zudem sicher, dass die Wohnungen tatsächlich selbst genutzt werden und langfristig kostengünstig bleiben.

Ein funktionierender Wohnungsmarkt ist für den Wirtschaftsstandort Zürich zentral. Unternehmen sind darauf angewiesen, dass ihre Mitarbeitenden passenden und bezahlbaren Wohnraum finden. Ein ausgewogenes Verhältnis von Miet- und Eigentumswohnungen erhöht die

Standortattraktivität und sorgt für Stabilität.

Damit setzt die Initiative den verfassungsmässigen Auftrag um, die Miet- und Eigentumsförderung gleichermaßen zu berücksichtigen, und leistet einen wichtigen Beitrag zu einer fairen und nachhaltigen Wohnpolitik im Kanton Zürich.



Josef Wiederkehr
ist Vorstandsmitglied im HEV Kanton Zürich und im Ausschuss des KGV

Faire Chance auf Wohneigentum



- Wohneigentum für Familien und Mittelstand ermöglichen
- Mehr Angebot und Vielfalt an Wohnformen
- Fairer Ausgleich zwischen Miet- und Eigentumsförderung
- **JA zur Wohneigentums-Initiative**



14. Juni 2026

www.chance-wohneigentum.ch



Berufsbildende: Schlüsselpersonen für Betriebe und Wirtschaft

Gute Berufsbildnerinnen und Berufsbildner sind Gold wert. Sie begleiten Lernende während ihrer Ausbildung und fördern damit Fachkräfte von Morgen. Und: sie sind ein strategischer Erfolgsfaktor für jedes Unternehmen.

Interview

Dennis Malischke

Jonas Schudel, was machen Berufsbildnerinnen und Berufsbildner genau?

Jonas Schudel: Berufsbildnerinnen und Berufsbildner geben die Leidenschaft für ihren Beruf

persönliche Entwicklung. Zusätzlich umfasst der Verantwortungsbereich Aufgaben wie «beurteilen der Leistungen der Lernenden», «führen von Standortgesprächen» und «sicherstellen der Ausbildungsziele». So tragen Berufsbildnerinnen und Berufsbildner mehrere

«Berufsbildnerinnen und Berufsbildner sichern die Qualität der Berufslehre und damit auch der Wirtschaft.»

Jonas Schudel

Leiter Betriebliche Bildung im MBA

und ihren Berufsstolz direkt an die nächste Generation weiter. Sie bringen jungen Menschen praktisches Handwerk und theoretisches Wissen während einer Lehre bei. Damit verantworten die Berufsbildenden nicht nur die fachliche, sondern auch die

Hüte, sie sind «Fachexperte», «Coach» und «Unterstützerin» zugleich.

Wieso sind Berufsbildende so wichtig?

Schudel: Berufsbildnerinnen und Berufsbildner sichern die Qualität der Berufslehre und damit auch der Wirtschaft. Denn die Lernenden von heute sind die Bäcker, Informatikerinnen und KVler von Morgen. Für diesen Weg braucht es Personen, die mit Erfahrung und Wissen wie auch mit Empathie und Engagement unterstützen. Das sind bzw. machen die Berufsbildenden. Sie ermöglichen Jugendlichen einen erfolgreichen Start ins Berufsleben und sorgen dafür, dass der Arbeitsmarkt über gut ausgebildete Fachkräfte verfügt. Ohne Berufsbildende wäre unser duales Bildungssystem nicht funktionsfähig.

Was sind Herausforderungen bei der Ausbildung?

Schudel: Ausbilden ist eine Tätigkeit, bei der die Beziehung zwischen Menschen im Vordergrund

steht. Daher gilt es, dass Berufsbildende und Lernende aufeinander eingehen und dabei die verschiedenen Persönlichkeiten, Fähigkeiten und Bedürfnisse kennenlernen und berücksichtigen. Eine solche nahe Zusammenarbeit hilft besonders dann, wenn mal Leistungsschwankungen oder Motivationsprobleme auftreten. In der Ausbildung soll auch genügend Zeit zur Verfügung stehen, damit die Jugendlichen ihren Aufgaben entsprechend nachgehen können. Und dies trotz laufendem und teilweise hektischem Arbeitsalltag. Schlussendlich sollen Berufsbildnerinnen und Berufsbildner ein Vorbild sein und immer wieder dem Blickwinkel ihrer Lernenden einnehmen.

Zum Ausbilden braucht es zusätzliche Ressourcen, das ist Aufwand, nicht wahr?

Schudel: Um den Berufsnachwuchs anzuleiten, zu begleiten und zu beurteilen, braucht es Zeit und Hingabe. Dies ist bei erwachsenen Mitarbeitenden, die beispielsweise einen Job neu beginnen, auch der Fall. Doch vielmehr möchte ich sagen: Lernende auszubilden lohnt sich. Die jungen Menschen entwickeln sich zu wertvollen Mitarbeitenden und sichern den Nachwuchs im Betrieb. Dies untermauert auch die Studie von der Eidgenössischen Hochschule für Berufsbildung vom Herbst 2025. Die Erkenntnisse sagen, dass Betriebe mit dem Ausbilden quasi einen «Gewinn» machen. Denn die Lernen-



Berufsbildnerinnen und Berufsbildner bilden die Fachkräfte von Morgen aus – hier am Beispiel vom Beruf Landmaschinenmechaniker/in EFZ.

Bild zvg/MBA

Schudel: Wer möchte sich nicht stets weiterentwickeln, Führungskompetenzen stärken und eine sinnhafte Arbeit für Jugend und Gesellschaft leisten? Dies ist

die es noch wollen. Als Mittelschul- und Berufsbildungsamt heissen wir alle Berufsbildenden herzlich willkommen und unterstützen sie. An dieser Stelle

«Als Mittelschul- und Berufsbildungsamt heissen wir alle Berufsbildenden herzlich willkommen und unterstützen sie.»

Jonas Schudel

Leiter Betriebliche Bildung im MBA

als Berufsbildnerin und Berufsbildner möglich. Ich freue mich über alle Betriebe, die bereits ausbilden und über diejenigen,

möchte ich mich für das grosse Engagement für die Berufsbildung im Kanton Zürich bedanken.

INFO

Das Mittelschul- und Berufsbildungsamt

Das Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) beabsichtigt die Mittelschulen und die Berufsbildung im Kanton Zürich. Neben den Berufsfachschulen ist das Amt auch für die Lehrbetriebe und die Anbietenden von Berufsvorbereitungsjahren zuständig. Ziel des MBA ist es, dass 95% aller 25-Jährigen über einen regulären Schulabschluss auf Sekundarstufe II verfügen. Die Lernenden und Studierenden sollen zu kompetenten, leistungsbereiten und verantwortungsbewussten Per-

sönlichkeiten ausgebildet werden. Das MBA kann auf eine starke Berufsbildung im Kanton Zürich zählen: rund 75% aller Jugendlichen absolvieren eine Lehre. Über 36 000 Lernende genießen eine Ausbildung in den rund 14 000 Lehrbetrieben. Begleitet werden sie von rund 15 600 Berufsbildnerinnen und Berufsbildner. Und rund 5000 Personen lassen sich jährlich dazu ausbilden.

Via zh.ch/mba geht es zur Website des MBA.

den übernehmen bereits früh produktive Aufgaben und tragen so entscheidend zur Arbeitsleistung eines Unternehmens bei.

Weshalb soll man heutzutage Lernende ausbilden, also Berufsbildnerin oder Berufsbildner sein?

ZUR PERSON



Jonas Schudel

leitet die Organisationseinheit Betriebliche Bildung im Mittelschul- und Berufsbildungsamt, die unter anderem die Unterstützung der Berufsbildenden im Kanton Zürich umfasst.

Anzeige

Dini Flotte, dini GARAGE KUNZ.

Bi eus hend Sie **churzi** Wartefriste, ä **persönlich** Betreug und **transparenti** Zämmearbeit – alles us einerä Hand.

Jetzt für ä **n** unverbindlichä **Kaffi** träffä!

Stefan Staub
Flottenkundenbetreuung
stefan.staub@garagekunz.ch
T 052 386 12 22

GARAGE KUNZ AG
SALAND

www.garagekunz.ch/flottenkunden

Anzeige

Lösungen nach Mass

Tür- Tor und Fensterantriebe
Brandschutztechnik
Türschliesstechnik
Sicherheitstechnik

PORTIMEX
Bewegen - Dämpfen - Halten

Niederglatlerstrasse 1 044 845 05 69
8155 Niederhasli www.portimex.com
info@portimex.com

mit starken Partnern:
DICTATOR **Ditec**
ENTRE MATIC

Drei Finalisten für KMU-MAX gewählt

KMU-MAX 2026 in Winterthur: Die drei Finalisten für den Winterthurer KMU-Unternehmerpreis stehen fest.

Die Spannung steigt: Wer gewinnt den Unternehmerpreis KMU-MAX 2026? Jedes Jahr wird ein besonderes Unternehmen vom KMU-Verband Winterthur und Umgebung an der Award-Verleihung gekürt. Anfangs Jahr haben rund 450 Personen eine Nomination für ihr Lieblingsunternehmen eingereicht. Dabei ist eine bunte Palette von 220 regionalen KMU entstanden.

Eine Jury, bestehend aus Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur und Medien, hat sich unter der Leitung von Verbands- und Jurypräsidentin Désirée Schiess getroffen und die Nominierten sorgfältig ausgewählt. Die Nominierung dauerte bis am Dienstag, 10. Februar 2026. Daraus gingen sieben Unternehmen hervor, die in der Endauswahl im Onlinevoting um einen der drei Finalplätze kämpften.



Szene von der Award-Verleihung des KMU-MAX im Jahr 2025. Bild zvg

Nun ist auch bekannt, wer die drei Finalisten sind. Die Bevölkerung hat in den letzten Wochen mittels Onlinevoting abgestimmt:

- Cafe Restaurant Obergass
- Küng & Co AG
- Selzam AG

An der Award-Verleihung vom Mittwoch, 20. Mai 2026, im Casinotheater Winterthur wird das Siegerunternehmen vom Publikum live gewählt und vom KMU-Verband Winterthur und Umgebung gekürt. Die Gäste erwartet

ein buntes Programm mit Unterhaltung, Kulinarik und einem spannenden Voting.

Preisgeld, Trophäe und Baum

Der Gewinner des KMU-MAX erhält nebst der KMU-MAX-Trophäe des Winterthurer Eisenplastiker-Duos Chris Pierre Labüsch ein Preisgeld von 3000 Franken, das er einer Non-Profit-Organisation Bezirk Winterthur seiner Wahl spendet. Das siegreiche KMU bekommt zudem eine fünfjährige Baumpatenschaft für eine bereits gepflanzte «Winterlinde» auf dem Dialogplatz im historisch bedeutenden Sulzerareal. Damit wird nicht nur der Erfolg der KMU-MAX-Gewinner gefeiert, sondern auch ihre tiefe Verwurzelung in der Region betont. (ZW)

Infos zu Onlinevoting (bis 9. April) und Award-Verleihung unter www.kmu-max.ch.

Höris Rezepte fürs Mitgliederwachstum

Der Gewerbeverein Höri schreibt Geschichte: Er ist der erste und bisher einzige Verein, der im vergangenen November den «Gewerbe-Cup» – für absoluten Mitgliederzuwachs – gewinnen konnte, nachdem er bereits den Preis für relativen Zuwachs geholt hatte. Der Gewerbepreis wird jährlich vom KGV vergeben.

Interview

Gerold Brütsch-Prévôt

Giuseppe D'Antonio, Sie sind Gewerbepräsident in Höri: Worauf ist der aussergewöhnliche Mitgliederzuwachs zurückzuführen?

Giuseppe D'Antonio: Man muss aktiv sein, mit den Leuten Kontakt aufnehmen, sie persönlich besuchen, und sie von einer Mitgliedschaft überzeugen. Das ist das einfache Erfolgsrezept.

Was bietet der Gewerbeverein Höri seinen Mitgliedern ganz konkret?

D'Antonio: Das ist immer die erste Frage, wenn man mit einem potenziellen Mitglied in Kontakt kommt: Was bringt mir die Mitgliedschaft? Was bringt mir die Mitgliedschaft? Sinn und Zweck ist sicher, dass



Präsident D'Antonio (links) am KGV-Herbstkongress 2025. Bild A. Springer

man im Gewerbe und in der Gemeinde bekannt wird, als Person und was die Firma anbietet. Voraussetzung dafür ist, dass man dann auch aktiv am Vereinsleben teilnimmt. So baut man Bekanntheit und Vertrauen auf und wird dann berücksichtigt, wenn ein Kaufentscheid fällt oder ein Auftrag vergeben wird.

Wie wichtig sind Anlässe, Austausch und Sichtbarkeit in der Gemeinde für den Vereinsfolg?

D'Antonio: Sehr wichtig! Gerade in der heutigen Zeit, in der alles immer unpersönlicher wird. An Anlässen kann man sich präsentieren und wird dadurch für Aufträge berücksichtigt oder empfohlen. Das Netzwerk und die Mund-zu-Mund-Propaganda sind für das Gewerbe extrem wichtig!

Vereinsmitglieder zu gewinnen ist das eine – Mitglieder für die Arbeit im Vorstand zu finden das andere. Wie sieht das in Höri aus?

D'Antonio: Immer weniger Leute sind bereit, Fronarbeit zu leisten; dieses Problem haben alle Vereine. Wir haben dieses Jahr al-

lerdings Glück. Bei zwei Rücktritten aus dem Vorstand konnten wir vier neue Vorstandsmitglieder gewinnen. Wir haben seit langem also wieder einen siebenköpfigen Vorstand, um etwas zu bewegen.

Gibt es ein Ziel, das der Gewerbeverein Höri in den nächsten fünf Jahren erreichen möchte?

D'Antonio: Wir wollen den Stellenwert des Gewerbevereins weiter stärken und zeigen, wie wichtig er als Netzwerk und als Stimme des lokalen Gewerbes ist. Wir bleiben aktiv, sichtbar und engagiert. Deshalb setzen wir uns ein klares Ziel: Bis Ende dieses Jahres möchten wir mindestens 110 Mitglieder erreichen – und damit unsere Gemeinschaft noch breiter und stärker aufstellen. ■

Anzeige



Bringen Sie Ihr Unternehmen auf die Überholspur:

Mit elektrifizierten Nutzfahrzeugen und Firmenwagen von Emil Frey.



Anzeige

ch media print

Achtung, fertig, gedruckt.

Jeden Monat 32 Millionen Zeitungen, Magazine und Werbeprospekte – selbst hohe Auflagen realisieren wir in kürzester Zeit. Modernste Druckanlagen, schnelle und unkomplizierte Abläufe, kurzfristige Vor- und Durchlaufzeiten machen es möglich. Damit das so bleibt, investieren wir laufend in neuste Technologien an unseren beiden Standorten Aarau und St. Gallen.

Wir produzieren heute die Zeitung von morgen: www.chmediaprint.ch.



Kennzahlen lügen nicht

Für grosse Unternehmen sind Kennzahlen ein alltägliches Steuerungsinstrument. Aber auch Kleinbetriebe verschaffen sich mit pragmatisch ausgewählten Schlüsselzahlen eine einfache Handhabe, um die geschäftliche Entwicklung zu beobachten. In erster Linie dienen Kennzahlen als Frühwarnsystem.

Nicole Reding-Voigt

Seit dem Untergang der Titanic wissen wir: Es macht einen grossen Unterschied, ob man den Eisberg erst beim Aufprall bemerkt, oder ob man ihn schon einige Kilometer vorher wahrnimmt, wo man ihm noch ausweichen kann. Was in der Seefahrt stimmt, gilt auch im Geschäftsleben. Je früher man eine problematische Entwicklung erkennt, desto besser kann man gegensteuern. Das macht den Nutzen von Kennzahlen als Frühwarnsystem aus. Sie bringen problematische Entwicklungen früh ins Blickfeld. Besonders wichtig sind naturgemäss Aspekte, die mit der finanziellen Gesundheit des Unternehmens zu tun haben – namentlich die Liquidität und die Rentabilität.

Flüssig oder nicht?

Die Praxis zeigt, dass kleinere Unternehmen manchmal von einem finanziellen Engpass überumpelt werden. Viele Ausgaben (Mieten, Löhne, Versicherungen, Sozialbeiträge usw.) fallen kontinuierlich an und können verlässlich eingeplant werden. Auf der Einnahmenseite hingegen gibt es je nach Grösse, Geschäftsmodell und Kundenstruktur grosse Schwankungen. Das Überraschungsmoment lässt sich vermeiden, indem man die Liquidität – das Verhältnis der flüssigen Mittel zu den Forderungen und Verbindlichkeiten – vorausschauend beobachtet. Es geht darum, ein aufkommendes Missverhältnis frühzeitig zu erkennen, wenn aktives Handeln und Gegensteuern noch möglich sind. Auch gilt es dann herauszufinden, was



Voraussehen, was auf einen zukommt: Kennzahlen dienen als Frühwarnsystem.

dahintersteht: Die grundsätzliche Frage des wirtschaftlichen Bestehens oder etwas Anderes? Überraschenderweise stösst man gerade in kleineren Unternehmen oft auf sehr banale Gründe, die hinter einem Liquiditätsengpass stehen: Vor lauter Aufträgen gerät die Administration (und damit die Rechnungsstellung) in den Rückstand; oder der Unternehmer hält sich aus Rücksicht auf die Kundenbeziehung mit Akonto-Rechnungen vornehm zurück, obwohl ein Projekt über mehrere Monate läuft oder sogar mit finanziellen Vorleistungen seinerseits (z.B. Materialeinkauf) verbunden ist. Als Grundlage für die Beobachtung der Liquidität genügt im Grunde eine einfache Excel-Tabelle, die Einnahmen und Ausgaben über einen Horizont von mindestens zwölf Monaten voraus darstellt. Entscheidend ist, dass diese Informationen regelmässig aktualisiert werden. Noch aussagekräftiger wird so eine Tabelle, wenn man sie

mit einem Ampelwarnsystem versieht. Das heisst, es werden im Hintergrund verbindliche Grenzwerte definiert, die nicht unter- oder überschritten werden dürfen (z.B. für das prozentuale Verhältnis zwischen den kurz-/mittelfristigen Forderungen und den kurz-/mittelfristig verfügbaren Mitteln). Die Ampelfarbe zeigt auf einen Blick an, wie die Dinge stehen bzw. wo Handlungsbedarf besteht.

Rentabel oder nicht?

Dass man sich als (Klein-)Unternehmer in der Startphase nach der Decke strecken und gewisse Abstriche machen muss, gehört zur unternehmerischen Logik. Mittel- und langfristig ist das Ziel aber immer, wirtschaftlich Erfolg zu haben, also rentabel zu wirtschaften. Das heisst zuerst einmal, die Einnahmen fallen übers Jahr gesehen höher aus als die Ausgaben. Die Differenz ergibt den Gewinn. Ist das Unternehmen damit bereits rentabel? Kommt drauf an.



Nicole von Reding-Voigt
Vorstandsmitglied
des Schweiz.
Treuhand-
verbands TREU-
HAND|SUISSE,
Sektion Zürich

Das stellt sich unter anderem heraus, wenn man den Gewinn jetzt noch in Beziehung zum eingesetzten Kapital setzt. Für kleinere Unternehmen generieren diese zwei einfachen Kennzahlen bereits wertvolle Informationen – in der Gegenwartsbetrachtung aber auch aus langfristiger Perspektive.

Passend zum Unternehmen

Kennzahlen zu Liquidität und Rentabilität sind der Grundstock. Darüber hinaus hängt es von der Tätigkeit und vom Marktumfeld ab, welche Kennziffern die besten Informationen liefern, um die unternehmerische Tätigkeit zu steuern. Für eine Internetplattform sind Klickraten von Bedeutung, um ihr Angebot optimal auf die Kundenbedürfnisse abzustimmen. Dem Gastronomiebetrieb helfen Kennzahlen zu den Gästefrequenzen, um Einkauf und Personal bestmöglich zu planen. Für einen Produktionsbetrieb sind Kennzahlen rund um die Lagerhaltung von Bedeutung. Es gibt keinen allgemein gültigen Katalog, welche Kennzahlen die richtigen sind. Jedes Unternehmen muss für sich definieren, wo seine Risiken liegen und was seinen Erfolg ausmacht. Nur schon die Diskussion darüber ist ein lohnenswerter Grund, über Kennzahlen nachzudenken.

Fälschungen im Päckli: Kurzer Prozess

Der Onlinehandel boomt – und mit ihm die Flut gefälschter Waren. Seit Sommer 2025 kann der Schweizer Zoll gefälschte Kleinsendungen dank einem vereinfachten Vernichtungsverfahren deutlich schneller aus dem Verkehr ziehen.

Olivia Zingg / Lorenz Schmider

Der grenzüberschreitende Onlinehandel hat in den letzten Jahren stark zugenommen und mit ihm die Zahl der gefälschten Produkte, die in kleinen Postsendungen in die Schweiz gelangen. Die gefälschten Sneaker, Luxusuhren, Kosmetik, Elektronikartikel kommen dabei einzeln in unscheinbaren Paketen. 90 % der aufgegriffenen Fälschungen stammen aus Sendungen mit höchstens drei Artikeln, sogenannten Kleinsendungen.

Fälschungen dürfen nicht in die Schweiz eingeführt werden. Die Zollbehörden können im Ausland bestellte Waren, bei denen der Verdacht besteht, dass sie gefälscht sind, abfangen und dann vernichten. Bevor solche Sendungen vernichtet werden dürfen, musste für jede einzelne, unabhängig ob Kleinsendung oder Grosslieferung, dasselbe aufwendige Verwaltungsverfahren durchlaufen werden. Gerade bei Kleinsendungen, also Bagatellfäl-

«Die Zollbehörden können im Ausland bestellte Waren, bei denen der Verdacht besteht, dass sie gefälscht sind, abfangen und dann vernichten.»

len, führte dies zu einem unverhältnismässigen Aufwand und brachte das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) an seine Kapazitätsgrenzen.

Was ist eine Fälschung?

Eine Fälschung ist die unerlaubte Nachahmung eines Originalprodukts. Die Eigenschaften, Materialien oder das Aussehen eines Produkts werden kopiert, um vom guten Ruf einer Marke, einer Herkunftsangabe (z.B. «Swiss Made»), eines Designs oder eines



Auch solche gefälschten Handtaschen werden oft versandt.

Patents zu profitieren. Es ist nicht erlaubt, solche Fälschungen in die Schweiz einzuführen. Werden solche Waren an der Grenze entdeckt, können sie zurückgehalten und vernichtet werden.

Das neue Verfahren

Seit Sommer 2025 gibt es für Kleinsendungen eine schlankere Alternative. Im neuen vereinfachten Verfahren zur Vernichtung von Kleinsendungen wird zunächst nur die Person informiert, welche die Ware bestellt hat. Ist sie einverstanden oder meldet sie sich innert zehn Tagen nicht, wird die Fälschung vernichtet, ohne dass der Rechteinhaber, also in der Regel das Unternehmen oder die Person hinter dem Originalprodukt, überhaupt involviert werden muss. Erst wenn der Besteller die Vernichtung ausdrücklich ablehnt, wird der Rechteinhaber informiert, damit er weitere Schritte einleiten kann.

Der Rechteinhaber wird nur noch in jenen Fällen direkt einbezogen, in denen die Vernichtung tatsächlich bestritten wird. In allen übrigen Fällen erfolgt die Abwicklung ohne zusätzliche Verfahrensschritte. Der Rechteinhaber wird lediglich vierteljährlich über

rückgehaltenen Fälschungen dem IGE zu, welches anschliessend das weitere Verfahren bis zur Vernichtung der Waren in die Wege leitet. Für das vereinfachte Verfahren fällt eine Pauschale von CHF 80 an, während das ordentliche Verfahren weiterhin CHF 120 kostet.

Ausblick

Die Einführung des vereinfachten Verfahrens dürfte in der Praxis vor allem dazu führen, dass in einem sehr grossen Teil der Fälle auf doppelte Benachrichtigungen und vorsorgliche gerichtliche Massnahmen verzichtet werden kann. Das entlastet nicht nur die Behörden, sondern reduziert auch die Kosten und den Aufwand für Rechteinhaber.

Für Unternehmen und andere Marktteilnehmer bedeutet dies, dass bestehende Abläufe im Bereich Zollüberwachung überprüft werden sollten. Insbesondere empfiehlt es sich, vertraglich zu regeln, wer die Kosten des vereinfachten Verfahrens trägt. Das gilt etwa für Lizenz-Strukturen, in denen mehrere Parteien in die Durchsetzung von Immaterialgüterrechten eingebunden sind.

Mit dem neuen Verfahren nähert sich die Schweiz dem europäischen Modell an und schafft ein Instrument, das den Vollzug bei Kleinsendungen deutlich effizienter ausgestaltet.

ZUR PERSON



Olivia Zingg Lorenz Schmider

Olivia Zingg ist Anwältin und Lorenz Schmider ist Anwaltspraktikant bei CMS von Erlach Partners AG. Sie beraten und vertreten Mandanten in streitigen und nichtstreitigen Angelegenheiten im Bereich des Immaterialgüterrechts, des unlauteren Wettbewerbs und der Werbung.

Zuständigkeit

Neu ist auch das Institut für Geistiges Eigentum (IGE) zuständig. Dafür stellt das BAZG die zu-

Anzeige

BLACHO-TEX AG

Zeltvermietung & Zeltverkauf inkl. Festzubehör | Schutzhüllen & Blachen | Blachen-Seitenwände | Schwimmbad-Abdeckungen
Pavillon-Dachblachen nach Mass | Bootsblachen | Blachenverdecke für Lieferwagen und Anhänger | Blachen-Vorhänge inkl. Vorhangzubehör

www.blacho-tex.ch - Tel. 056 624 15 55

Recyclingfirma holt Integrationspreis

Der This-Priis, jährlich von der SVA Zürich vergeben, macht erfolgreiche Eingliederung sichtbar.

Die SVA Zürich hat am 15. April den This-Priis 2026 zum 20. Mal verliehen. Über 200 Gäste nahmen an der Preisverleihung im Volkshaus Zürich teil. Gastgeber war Martin Schilt, Leiter der IV-Stelle des Kantons Zürich. Die Geschichten der fünf Finalisten vermittelten: Eingliederung gelingt, wenn Unternehmen früh handeln und Verantwortung übernehmen.

Gewinnerin des This-Priis 2026 ist Maag Recycling AG aus Winterthur. Den Publikumspreis 2026 erhielt die Stiftung Tierrettungsdienst aus Winkel. Die weiteren Finalisten 2026 waren die Max Schweizer AG, Zürich-Schwamendingen, die Oertli Werkzeuge AG aus Höri sowie die ZVF-Genossenschaft aus Zürich.

Der Kontext ist anspruchsvoll. Im Jahr 2025 hat die IV-Stelle Zürich 4328 neue Renten zugespro-



Das siegreiche Team der Maag Recycling AG aus Winterthur. Bild zvg

chen. Besonders deutlich steigt die Zahl bei den unter 25-Jährigen (+13 Prozent). Gleichzeitig wird der Wiedereinstieg schwieriger – auch für Berufserfahrene. Die IV-Arbeitsvermittlung spürt die Abkühlung der Wirtschaft.

Umso wichtiger ist, dass Arbeitgeber früh reagieren. Viele wissen noch zu wenig, was die IV als Präventions- und Integrationsversicherung leisten kann. Die IV unterstützt Unternehmen dabei, Arbeitsplätze zu erhalten und Lö-

sungen zu finden – bevor eine Kündigung erfolgt.

Die Zahlen im Jahresbericht 2025 der SVA Zürich zeigen beides: Fortschritt und Druck. Immer mehr Ausbildungen finden im ersten Arbeitsmarkt statt. Der Anteil ist seit 2022 von 18 auf 65 Prozent gestiegen. Gleichzeitig fanden 2025 weniger Personen eine neue Stelle bei einem anderen Arbeitgeber (-13 Prozent).

Der This-Priis greift diese Entwicklung auf. 2026 hat die SVA Zürich die Beurteilungskriterien erweitert: Neu fließt auch das Engagement als Lehrbetrieb ein. Damit stärkt der Award gezielt den Berufseinstieg junger Menschen. (ZW)

Link zu den Videoporträts der Finalisten des This-Priis: [svazurich.csva-zuerich/ser-engagement/this-priis/gewinner-und-finalisten.html](https://svazurich.csva-zuerich.ch/ser-engagement/this-priis/gewinner-und-finalisten.html)



Anzeige

zhaw School of Management and Law

Die Nachfolge frühzeitig regeln.

Seminar KMU-Unternehmensnachfolge

Jetzt anmelden!

11. - 12. Juni 2026
ZHAW Winterthur

Anzeige

Wenn es darauf ankommt.

Unsere Treuhandprofis kennen den Weg.

TREUHAND | SUISSE

www.treuhand-suisse-zh.ch
Schweizerischer Treuhänderverband
Sektion Zürich

Überall Frühling, Farbe, Aufbruch. Was ist mit uns Farblosen los?

KOLUMNE
LUDWIG HASLER



Philosoph, Physiker, Autor
lhasler@duebinet.ch

Endlich Schluss mit Grau, denke ich, die Natur erwacht, die Bäume grünen, die Magnolien blühen, die Tulpen recken sich in allen Farben. Und wir? An Ostern spazierte ich in Zürich die Seepromenade entlang, unter Hunderten von Leuten, die meisten sichtlich guter Laune, manche schick gekleidet. Nur fiel mir auf: Nirgendwo tauchte eine Farbe auf, kein Rot, kein Hellblau, kein Ocker. Ein quasi uniformer menschlicher Tatzelwurm wälzte sich durch die Stadt, grau in grau, schwarz, höchstens mal etwas dunkelblau. Auf der Fahrbahn nebenan dasselbe Bild: Auch die Autos haben ihre Farbe verloren, die Kolonnen dunkler Limousinen wirkten wie Trauerzüge oder steife Staatsempfänge. Jedenfalls nichts zum Vergnügen. Seit wann ist das so? Haben wir das an der Urne entschieden? Gab es eine Initiative, die Buntheit in unserer Gesellschaft abzuschaffen? Früher

war das doch komplett anders. Die Autos, daran erinnere ich mich deutlich, leuchteten hellblau, zündrot, knallgelb, sie wollten auffallen, sie waren schön, sie wollten beachtet werden. Auch wir selbst. Es gab eine Zeit, da war Farbe sündenteuer, Buntheit darum ein Privileg der Reichen. Und der Adeligen, die mussten auffallen, sie mussten herzeigen, dass sie mehr wert waren, die Untertanen sollten es sehen, sollten die Pracht bewundern und vor ihr in die Knie gehen. Alles längst vorbei. Farben sind demokratisiert, verbilligt. Und damit banalisiert? Klar, es geht auch ohne Farbe. Doch Farben sind immer auch Signale – für Aufbruch, Verjüngung, Erneuerung. Fürs Erwachen eines evolutionären Spirits. Evolution läuft ja – schon bei Charles Darwin – nicht allein durch «natürliche Auslese», also durch Wettbewerb, bei dem der Fitteste überlebt. Mindestens so wirksam ist «sexuelle Auslese», und die bringt Farbe ins Spiel. Tierischer Sex ist Damenwahl, und da entscheidet die «Sehnsucht nach Variation»: Das weibliche Verlangen wählt nicht stets den Kräftigsten, es sehnt sich nach

Ästhetik, etwa nach Überwindung der Eintönigkeit durch Farbe. Das Weibchen sucht Variation (Farbe, Fantasie, Luxus), das Männchen macht, was es kann; selber hat es nicht viel anderes als Sex im Kopf, zum Sex kommt es aber nur, wenn es sich und das Nest so luxurmässig schön herrichtet, dass ein Weibchen davon begeistert ist. Sex als Lohn für Pracht, Farbe, Schönheit – nach diesem Programm läuft Erneuerung und Aufbruch in der Evolution. Paradiesfall der Pfau mit seinem Wahnsinnsrad, bunt, verschwenderisch, auch lebensgefährlich – doch die Weibchen sind hin und weg, sie wählen nicht den Muskulösesten, sondern den Raffiniertesten. Nicht das sture Alphatier, eher den Künstlertypen, der das Leben verzaubert. Was heisst es nun, wenn unsere Welt die Farbigkeit verliert? Erlahmt unsere Sehnsucht nach Variation? Hocken wir so stur im Status quo, dass wir gar keine Erneuerung begehren? Vergeht uns Farblosen der Appetit auf Innovation? Mögen wir überhaupt keinen gesellschaftlichen Frühling mehr?

Anzeige

Sie kümmern sich um Ihre Mitarbeitenden.

Wir um die berufliche Vorsorge für Ihr Unternehmen.

Ihre persönliche Pensionskassenberatung.

Bei uns werden Sie persönlich beraten. Wir gehen auf individuelle Bedürfnisse Ihres Unternehmens ein und betreuen alle Ihre Pensionskassenanliegen sicher und erfahren.

Scannen und informieren.

SwissLife
Finanziell selbstbestimmt leben.

Die Odyssee eines Liters Öl

Ich bin ein Liter Öl. Bitte kein betretenes Schweigen. Ich weiss, ich habe ein Imageproblem. Andere Flüssigkeiten dürfen glücken, prickeln oder mit Gurkenscheiben in Wellnesshotels herumstehen. Ich dagegen bin der flüssige Bösewicht der Gegenwart: klimaschädlich, geopolitisch heikel und in Zürich ungefähr so beliebt wie ein SUV im Velostreifen. Meine Geschichte beginnt tief unter Abu Dhabi, wo man mich mit geschäftsmässiger Zärtlichkeit ans Licht holt. Ich war Jahrmillionen lang in Ruhe gereift, geologisch gesehen ein Grand Cru mit Noten von Urwald, Saurier und Weltwirtschaft. Kaum bin ich oben, heisst es schon: fördern, pumpen, verschiffen. Am Verladeterminale treffe ich Millionen Kollegen. Einige sind grössenwahnsinnig. «Wir sind systemrelevant», sagt einer. Das mag stimmen, klingt aber unerquicklich nach dem Selbstbewusstsein eines Rohstoffs, der zu lange mit Staatsfonds verkehren durfte. Dann geht es Richtung Strasse von Hormuz, diesem Nadelöhr der Globalisierung. Für uns ist Hormuz das, was für Zürcher Pendler der Bahnhof Stadelhofen ist: eng, nervös und voller Menschen, die finden, jemand anderes sei das

DER WADENBEISSER



Problem. Kriegsschiffe kreuzen, Drohungen wabern, Analysten sprechen von Eskalationsrisiken, und ich liege im Bauch eines Tankers und denke: Kaum will man einmal elegant um die arabische Halbinsel herum, wird man sofort zur Weltkrise erklärt. Ein Liter Mineralwasser löscht Durst. Ein Liter Öl macht Aussenpolitik. Schliesslich erreiche ich Europa, werde raffiniert, normgerecht und lande in der Nähe meines finalen Einsatzortes: Zürich. Ach, Zürich. Die Stadt, in der sogar die Ampeln vermutlich einen Master in Verkehrsberuhigung haben. Hier wird das Auto nicht verboten, es wird bloss

so behandelt, wie man einen entfernten Onkel behandelt, der unangenehme Witze macht: Man duldet ihn an Feiertagen, möchte ihn sonst aber nicht allzu lange dabei haben. Zürich ist für einen Liter Öl eine pädagogische Erfahrung. Überall Tramgeleise, Velowege, künstliche Verengungen, Begegnungszonen, 30er-Limiten und Menschen, die das Wort «Verkehrswende» mit derselben moralischen Wärme aussprechen, mit der früher «Sonntagsbraten» gesagt wurde. Ich fliesse in einen Tank während ein Lastenvelo vorbei rollt, beladen mit zwei Kindern und einem Hipster-Lebensgefühl. Dann kommt mein grosser Moment. Zündung. Verbrennung. Vortrieb. Ein paar elegante Meter über Zürcher Asphalt, bevor wir wieder vor einem Rotlicht stehen, weil gerade ein Tram, zwei Velos und ein Hund mit Priorität passieren. Aber Zürich ist nur ehrlich. Die Stadt sagt im Grunde: Lieber Liter Öl, wir haben dich jahrzehntelang gebraucht, nun würden wir gern ohne dich auskommen. Das ist hart, aber fairer als die ewige Heuchelei der Menschheit. Alle wollen Mobilität, Wohlstand, warme Wohnungen und billige Ferienflüge – nur die Quelle davon soll bitte unsichtbar, geruchlos und moralisch unanstössig sein.

Anzeige

Die digitale Rechnung für die Schweiz



93 Mio.
Transaktionen

eBill-Transaktionen im Jahr 2025. Jeden Monat versenden Unternehmen Millionen von eBill-Rechnungen.

Hohe
Zahlungszuverlässigkeit

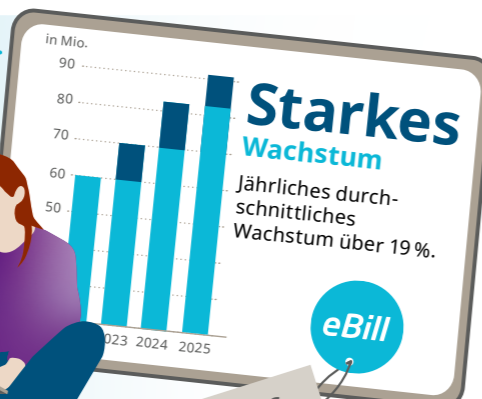
Rechnungen werden mit eBill pünktlicher bezahlt. Dadurch sind Zahlungseingänge besser kalkulierbar.

97%
Abdeckung

Alle grossen Banken der Schweiz bieten eBill an. So erhalten Sie Ihre Rechnungen direkt im Online Banking.

Viele
Unternehmen

setzen für ihre Rechnungsstellung bereits auf eBill – Tendenz steigend. Darunter die grössten Krankenkassen und Versicherungen, alle Schweizer Telecom-Anbieter sowie die Energieversorger der grössten Schweizer Kantone.



50%
Schweizer Haushalte

Mit über 3.8 Millionen Nutzerinnen und Nutzern erreicht eBill mittlerweile gut die Hälfte aller Schweizer Haushalte.

Hohe
Sicherheit

Mit eBill profitieren sie von den hohen Sicherheitsstandards des Schweizer Finanzplatzes.

Nachhaltigkeit und Spenden

Eine eBill-Rechnung schont Ressourcen und spart Papier. Mit der neuen Spende-Funktion können eBill-Nutzerinnen und -Nutzer zukünftig aktiv gemeinnützige Projekte unterstützen.

Privat- und Geschäftskunden

Alle können von eBill profitieren. Jetzt umstellen und eBill aktivieren.

Jetzt mehr erfahren auf ebill.ch oder direkt bei unseren Partnern



IMPRESSUM

Mitteilungsblatt für die Mitglieder des KMU- und Gewerbeverbands Kanton Zürich

Herausgeber
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich
Ilgenstrasse 22, 8032 Zürich
Tel. 043 288 33 66, Fax 043 288 33 60

Redaktion
zuercherwirtschaft@kgv.ch
Telefon 043 288 33 66
Mitarbeiter: Anna Birkenmeider, Gerold Brüttsch-Prévôt, Ludwig Hasler, Barbara Rüttimann, Bruno Sauter, Marcel Vollenweider

Chefredaktor
Mark Gasser, Zürcher Wirtschaft
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich
Ilgenstrasse 22, 8032 Zürich
Tel. 043 288 33 66, Fax 043 288 33 60
mark.gasser@kgv.ch

Zürcher Wirtschaft
Total verbreitete Auflage: 26'943 Expl. (WEMF), davon verkauft: 16'178 Expl.
Erscheinungsort: Zürich
Erscheinungsweise: 11 Mal pro Jahr
Nachdruck unter Quellenangabe gestattet
Belegexemplare erbeten

Gestaltung/Produktion
Markus Zeller/Mark Gasser

Druck
CH Media Print AG

Anzeigenverwaltung
DaPa Media Vermarktungs GmbH
Luzernerstrasse 22, 5620 Bremgarten
056 648 86 99
zw@dapamarkt.ch

Annahmeschluss für Inserate
Jeweils zwei Wochen vor Erscheinung

Adressänderungen
Bitte direkt an den Herausgeber:
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich
Ilgenstrasse 22, 8032 Zürich
info@kgv.ch / www.kgv.ch
Bitte Nummer über Adressaufdruck angeben

TOP-ADRESSEN DIE GÜNSTIGSTE ART ZU WERBEN!

BUCHEN SIE UNTER: zw@dapamarkt.ch

ANZEIGENMARKETING u. MEDIEN

DaPa Media Vermarktungs GmbH
5620 Bremgarten, Luzernerstrasse 22
Telefon 056 648 86 99
zw@dapamarkt.ch, www.dapamarkt.ch

RUNDKIES/SAND/SPLITT

Philipp Aeberhardt Transporte
ph.aeberhardt@bluewin.ch
Telefon 079 673 03 41
Franko Baustelle geliefert

HAUSWARTUNGEN

sf home + garden ag
Facility Service, Hauswartungen
8050 Zürich, Kugelilostrasse 48
Telefon 044 313 13 44
info@home-garden-ag.ch
www.home-garden-ag.ch

BEKLEIDUNG UND WERBEARTIKEL

Jim Bob – Fohlochstr. 5A – 8460 Marthalen
Telefon 052 305 40 00
info@jimbob.ch – www.jimbob.ch

SCHÄDLINGSBEKÄMPFUNG

Tauben-Marderabwehr
www.ratex.ch – 044 241 33 33

PENSIONS KASSEN

Asga Pensionskasse
Ueberlandstrasse 111, 8600 Dübendorf
Telefon 044 317 60 50
www.asga.ch – info@asga.ch

DACHDECKER/SPENGLER

Staudacher + Söhne AG / 044 421 20 10
Dachreparaturen + Flachdachsanierung
www.staudacher-soehne.ch

GARTEN- UND LANDSCHAFTSBAU

schädli gartenbau ag
Gartenpflege, Gartenbau
8046 Zürich, Kugelilostrasse 39
Telefon 044 371 41 30
gartenbau@schaedeli.ch
www.schaedeli.ch

IMMOBILIEN

Room4U AG
Raumvermietungen
Winterthur, Spreitenbach
044 545 50 00 / room4u.ch

Portmann Consulting GmbH
8966 Oberwil-Lieli, Juchächerstr. 11
IMMOBILIENVERKAUF
Attraktive Konditionen+Top-Referenzen
www.portmannconsulting.ch, 079 281 51 85

TOP-ADRESSEN Preise:

Rubrikzeile gratis! Auswahl 8 Farben
3 Zeilen 324.– (pro Jahr)
4 Zeilen 432.– (pro Jahr)
5 Zeilen 540.– (pro Jahr)
6 Zeilen 648.– (pro Jahr)
(max. 35 Zeichen je Zeile)

Rabatte/Zuschläge:

Titelseite (49 x 56 mm):
710.– Normal-/ 1770.– Grossauflage
Editorial-Seite (49 x 56 mm):
420.– Normal-/ 620.– Grossauflage

Platzierungszuschläge:

2. Umschlagsseite
Text-Platzierung: +20%

Beraterkommission: 10%

Mengenrabatte:

3-mal 5% 11-mal 15%
6-mal 10% BK 10%

Grossauflage Mai 2026: **Risiken, Versicherungen, Datenschutz**

Zürcher Wirtschaft

Highlights der nächsten Ausgabe:

Maag Recycling: Nachhaltigkeit wird auch bei den Mitarbeitern gross geschrieben. Die Gewinner des Integrationspreises «This Priis» im Portrait.

Wann haftet der CEO? Wenn eine Firma an die Wand gefahren wird, Konkurs macht und alle den Job verlieren. Kann der CEO oder VR belangt werden?

Eine Studie aus Deutschland zeigt: Jeder fünfte Angestellte hat schon am Arbeitsplatz gestohlen. Wie verbreitet ist das Phänomen hierzulande? Ein Psychologe ordnet ein.

Redaktionsschluss:

7. Mai 2026

Anzeigenschluss:

8. Mai 2026

Inserate:



DaPa Media Vermarktungs GmbH
Tel. +41 56 648 86 99
zw@dapamarkt.ch
www.dapamarkt.ch



Wohneigentum für Mittelstand und Arbeitskräfte sichern

Bezahlbarer Wohnraum bleibt im Kanton Zürich eine zentrale Herausforderung. Für viele Mittelstandsfamilien und Berufstätige wird der Traum vom eigenen Zuhause zunehmend unerreichbar. Hohe Bodenpreise, ein knappes Angebot und eine staatliche Wohnraumförderung, die bislang vor allem Mietwohnungen unterstützt, erschweren den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum. Genau hier setzt die Wohneigentums-Initiative des Hauseigentümerverband Kanton Zürich an, über die am 14. Juni abgestimmt wird.

Die politischen Erfolge des letzten Jahres – etwa die Abschaffung des Eigenmietwerts und die Ablehnung eines staatlichen Vorkaufsrechts – zeigen, wie stark der Wunsch nach Wohneigentum in der Bevölkerung verankert ist. Um den Traum vom eigenen Zuhause wieder erreichbar zu machen, hat der HEV Kanton Zürich im September 2023 die Wohneigentums-Initiative lanciert.

Die Initiative verlangt, dass bei staatlich geförderten Wohnbauprojekten künftig sowohl Mietwohnungen als auch Eigentumswohnungen entstehen. Heute profitieren bei öffentlichen Projekten fast ausschliesslich Mietwohnungen; selbst genutztes Wohneigentum bleibt aussen

vor. Die Initiative korrigiert dieses Ungleichgewicht und eröffnet Familien sowie dem Mittelstand eine faire Chance auf das eigene Zuhause. Klare Regeln stellen zudem sicher, dass die Wohnungen tatsächlich selbst genutzt und langfristig erschwinglich bleiben.

Mehr Wohneigentum ergänzt das bestehende Angebot an Miet- und Genossenschaftswohnungen sinnvoll. Die Kombination unterschiedlicher Wohnformen fördert die Durchmischung, erweitert die Wohnraumauswahl und entlastet den Mietwohnungsmarkt. Davon profitieren nicht nur die Bevölkerung und die öffentliche Hand, sondern auch die Wirtschaft: KMU sind auf Fachkräfte angewiesen, die Wohnraum in der Nähe ihres Arbeitsplatzes finden. Ein ausgewogener Wohnungsmarkt ist damit ein zentraler Standortfaktor und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Zürich.

Verfassungsauftrag wird umgesetzt

Artikel 108 der Bundesverfassung verpflichtet den Bund, Artikel 110 der Kantonsverfassung Kanton und Gemeinden zur Förderung des selbst genutzten Wohneigentums. Wörtlich hält die Kantonsverfassung fest: «Kanton und Gemeinden fördern den gemeinnützigen Wohnungsbau und das selbst genutzte Wohneigentum.»

Wer staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt grundsätzlich kritisch beurteilt, müsste folgerichtig beide Förderbereiche gleichermaßen hinterfragen. Solange der Staat jedoch den gemeinnützigen Wohnungsbau unterstützt, ist es konsequent, auch das selbst genutzte Wohneigentum nicht auszublenden.

Trotz dieses klaren Auftrags wird das selbstbewohnte Wohneigentum heute kaum gefördert. In der Praxis wird primär der Bau preisgünstiger Mietwohnungen unterstützt, während die Wohneigentumsförderung vernachlässigt wird. Der HEV Kanton Zürich will hier Gegensteuer

geben und in der Wohnbaupolitik für gleich lange Spiesse sorgen. Künftig soll ein einfacher Grundsatz gelten: Wird ein Wohnbauprojekt mit staatlichen Mitteln unterstützt, sollen grundsätzlich zu gleichen Teilen kostengünstige Miet- und Eigentumswohnungen entstehen. Damit wird der Verfassungsauftrag konkret umgesetzt.

Gegenentwurf zu linken Volksinitiativen

Die Wohneigentums-Initiative ist zudem ein konstruktiver Gegenentwurf zu den linken Wohninitiativen. Die Wohnungsinitiative will den Staat mit 500 Millionen Franken Steuergeldern selbst zum Immobilienentwickler machen, während die Wohnschutz-Initiative Ersatzneubauten praktisch verunmöglichen und nach Sanierungen faktisch eine Mietzinskontrolle einführen will. Die HEV-Initiative setzt dagegen auf Ausgleich statt Ideologie und erfüllt den verfassungsmässigen Auftrag: Bund, Kanton und Gemeinden sollen Mietwohnungen und selbstgenutztes Wohneigentum gleichermaßen fördern.

Der HEV Kanton Zürich lädt die Wirtschaft ein, diese Initiative zu unterstützen – für mehr Wohneigentum, einen stabilen Wohnungsmarkt, attraktive Rahmenbedingungen für Mitarbeitende und langfristige Standortstabilität für Unternehmen im Kanton Zürich.



Hans Egloff, Präsident
HEV Kanton Zürich

Weitere Informationen:
www.hev-zh.ch


HEV Kanton Zürich